

Bezugspreis:

Vom 15.-19. Januar 1924 Goldpreis ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 16. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Adressdebatte in England.

Norden Macdonalds und Lloyd Georges.

London, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittags begann im Unterhaus die Debatte über die Antwort des Parlaments auf die Thronrede...

Ramsay Macdonald

Ich begrüße die Stellen der Thronrede, die sich auf die auswärtigen Angelegenheiten beziehen. Aber die Lage wird immer ernster und wir benötigen eine entschlossener und wirksamer britische Politik...

Bezugnehmend auf die Beschlüsse der Reichskonferenz und auf die Absicht der gegenwärtigen Regierung, gewisse Vorschläge, die im Hinblick an die Reichskonferenz ausgearbeitet wurden...

Wenn wir, führte Macdonald fort während aus, uns anscheiden, die Frage der Altersrenten in Angriff zu nehmen, was keine Regierung ablehnen könnte...

Lloyd George

im Namen der Liberalen und drückte die Hoffnung aus, daß welche Regierung auch kommen möge, sie die Autorität und den Einfluß stärke, auf die das britische Reich durch seine Macht und durch seine Opfer ein Anrecht habe...

der Zusatzantrag der Arbeiterpartei zu der Antwort auf die Thronrede eingebracht werden.

Die Formulierung dieses Antrages ist endgültig beschlossen worden. Er besagt lediglich: „Es ist jedoch unsere Pflicht, respektvoll Ew. Majestät mitzuteilen, daß die gegenwärtigen Berater Ew. Majestät das Vertrauen dieses Hauses nicht besitzen.“

Der Zusatzantrag wird von Clynnes eingebracht und begründet werden.

Reden Greys und Curzons im Oberhaus.

London, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe der Debatte über die Antwort auf die Thronrede im Oberhaus begrüßte Lord Grey die Mitteilung, daß die Reparationskommission zwei Ausschüsse zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands eingesetzt habe...

auf demselben alten Weg, wie vor dem Weltkrieg.

und wenn es diese Beobachtung forsetzt, so würde dies mit dem gleichen einschlägigen Ergebnis enden. Wenn der Frieden in Europa gesichert werden soll, dann müssen die Nationen Europas dazu übergehen, auf neuen Bahnen zu wandeln, und der einzige Weg, den er sehe, sei der, daß jedes Land dazu gebracht werden müsse, den Völkerbundpakt zu unterschreiben mit der Maßgabe, daß ihre Streitkräfte nur über den Völkerbund zu handeln berechtigt seien...

keine dauernde Arbeitsvereinbarung zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei

geben könne. Er fügte jedoch hinzu, daß er die Ergreifung der Macht durch die Arbeiterpartei ohne Besorgnis bezüglich der auswärtigen Politik betrachte, denn ihre Ziele seien auf diesem Gebiet dieselben wie die der Liberalen. Nach Grey erklärte Außenminister Lord Curzon...

Es sei richtig, daß der internationale Himmel schwer bewölkt sei. Die Regierung fühle, daß der einzige Schlüssel zu einer Regelung in der Aufrechterhaltung der Entente liege, und sie habe sich in den letzten Jahren unaufhörlich in dieser Richtung bemüht. Er könne nur wünschen, daß die Regierungspolitik in der bereichsten Öffentlichkeit besprochen werde, denn je mehr man sie kennen würde, desto mehr würde man einsehen, wie konsequent sie gewesen sei und wie wenig die Vorwürfe von Unentschlossenheit und Ohnmacht begründet seien, die in unfairer Weise gegen sie erhoben würden.

Die Internationale der Erziehung

Von Richard Bohmann.

In fast allzu stiller Selbstverständlichkeit, von der breiten Öffentlichkeit wenig oder gar nicht beachtet, ist am 6. Januar in Hannover die Internationale der Erziehung ins Leben getreten. Damit ist das organisatorische Gerüst einer Bewegung geschaffen, die, unfertig noch wie alles werdende, aber doch in den Umrissen schon klar erkennbar, das zum Bewußtsein seiner selbst erwachte Proletariat aus sich heraus geboren hat...

Aus den Jahren revolutionärer Krisen, aus einer Zeit sich überschlagender Sozialisierungsforderungen und entschwindender Sozialisierungsmöglichkeiten hat die Arbeiterbewegung der Welt das eine klarer als bisher gelernt: die neue Kultur, als deren Wegbereiterin sie sich fühlt, bedarf neben einer anderen Wirtschaftsform auch anderer Menschen, als sie die kapitalistische Frühzeit des verflochtenen Jahrhunderts geschaffen hat...

Organisatorisch drückt sich dieser Gedanke dadurch aus, daß die Sozialistische Erziehung internationale auf dem Boden der wirtschaftlichen und der politischen, der Amsterdamer und der Londoner Internationale aufgebaut ist. Und dieselben Grundgedanken, nach denen jene beiden Internationalen den Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse führen, geben uns auch die Richtlinien für den Kampf um eine Neugestaltung der Erziehung. Noch ist die Schule überall ein Instrument der herrschenden Klasse. Aber der wachsende politische Einfluß der Sozialdemokratie — durch eine Periode des reaktionären Rückschlags nur kurzfristig unterbrochen — gibt der Arbeiterschaft gesteigerte Möglichkeiten der unmittelbaren Anteilnahme an ihrer allmählichen Umwandlung. Die politische Einflucht sozialdemokratischer Kulturarbeit wird sich nicht in Zertrümmerungsforderungen erschöpfen, sondern die gegebenen Gelegenheiten positiver Mitwirkung auszuschöpfen verstehen.

Daneben aber — und hier setzt das ureigenste Arbeitsgebiet der „Kinderfreunde“ ein, die sich nunmehr zur sozialistischen Erziehung internationale zusammengeschlossen haben — muß die Arbeiterklasse endlich versuchen, die Erziehung ihrer Kinder selbst in die Hand zu nehmen. Je mehr ihr diese Erziehung in der Zeit einer durch den Kapitalismus herbeigeführten Zerstörung der alten Familie entgiltet ist, je weniger die proletarische Familie in ihrer heutigen Gestalt selbst in der Lage ist, ihre Kinder wirklich im Hause zu „erziehen“, um so notwendiger wird es, daß sie ihre Kinder nicht weiterhin talentlos den Gefahren der Straßen oder der klassenfeindlichen Beeinflussung durch bürgerliche Erziehungsinstitutionen und Wohlfahrtsanstalten überläßt. Wie schon längst im wirtschaftlichen Kampf, so soll nun endlich auch hier auf dem Gebiete der Erziehung, der Fürsorge, der Pflege, der Wohlfahrt die Selbsthilfe das Vertrauen auf fremde Hilfe ersetzen. Ein ganz neues Betätigungsfeld eröffnet sich dem Proletariat — bisher die Domäne bürgerlich-bourgeoiser Vereine und ihrer Klassen-, politischen und religiösen Interessen. Trachtende Kräfte der Arbeiterschaft — in Hülle und Fülle vorhanden, wie schon die ersten Versuche dartun, aber bisher ungenutzt — finden hier die Möglichkeit pädagogischer Betätigung im tiefsten Sinne des Wortes, solange die Schule des Klassenstaates Erzieher zum Proletariat erniedrigt und den Erzieherberuf berufenen Erziehern verschließt.

Draußen, in einer Welt, die auf Selbstsucht aufgebaut ist und ohne Selbstsucht und rücksichtslosen Kampf ums Dasein ihren Sinn verlieren würde, wird nach ein Menschenalter oder länger der Mensch zum Feinde des Menschen, zum Egoisten erzogen werden. Hier, in den Kindergruppen der proletarischen Erziehungsorganisationen wird das heranwachsende Geschlecht allmählich den Sinn der Gemeinschaftsarbeit und das Glück der Gemeinschaftsgenossenschaft, der gegenseitigen Hilfe begreifen lernen und innerlich fröhlicher als wir in die Welt des Egoismus und einer ungerechten Wirtschaftsordnung hineintreten, innerlich gereifter, mit offenen Augen und mit klarer Erkenntnis den Kampf dagegen aufnehmen als das Proletariat der Gegenwart. Nicht soll es „zum Klassenkampf erzogen“ werden, nicht soll der Erzieher im Kinde den jugendlichen Klassenkämpfer sehen. Kommunistischer Erziehung zur Weisheit jugendlichen Bewusstseins, zur urteilslosen Nachbetung eingetretener Doktrinen sehen wir die bemüht freie Entwicklung kindlicher Fähigkeiten, die Erziehung zum selbständigen Denken entgegen, der Erziehung zum Klassenbewußtsein und der Erziehung zum Solidaritätsgefühl mit der eigenen Klasse, aus dem später von selbst dem gereiften Menschen der Wille zum Kampfe für

Die Frankfützung angekündigt.

Geringe Kursbesserung.

Paris, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der katastrophale Zusammenbruch, den die französische Währung am Montag auf den internationalen Geldplätzen erlitten hat, hat nicht nur in den finanziellen und wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Kreisen eine panische Stimmung erzeugt. Selbst die Regierung mußte sich angesichts des unerwartet raschen Tempos, das der Sturz des Frankens seit kurzem angenommen hat, davon überzeugen, daß einer Krise wirtschaftlicher Natur mit politischen Maßnahmen nicht beizukommen ist. Sie ist am Dienstagmorgen zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammengetreten und hat in langen Beratungen ein Programm zur Sanierung der staatlichen Finanzen entworfen, das dem Parlament bereits in den nächsten Tagen vorzulegen werden soll und dessen wesentliche Annahme die Regierung durch Stellung der Vertrauensfrage zu erlangen beabsichtigt. Dieses Programm enthält folgende Punkte: 1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht und der Steuerhinterziehungen; 2. Ersparnis an Ausgaben für die öffentliche Verwaltung, die mit neuen finanziellen Lasten verbunden sind; 3. ein Zuschlag von 20 Prozent auf sämtliche Steuern. In Aussicht genommen sind weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation. Nach einer Mitteilung offizieller Natur erwartet die Regierung aus der bevorstehenden Erhöhung der Steuern eine Einnahme von 4,7 Milliarden Franken, aus dem Geklebertwurf zur Unterdrückung der Steuerdefraudation eine solche von 2 Milliarden. Darüber hinaus erlaubt man aus der Erparnis eine weitere Milliarde Mittel zu machen, so daß rund 7-8 Milliarden verfügbar werden, mit denen die Regierung das Reparationsbudget, für das bisher im Etat keinerlei Deckung vorhanden war ins Gleichgewicht zu bringen hofft. In unterrichtlichen Kreisen herrscht nicht Mangel Optimismus allerdings auf starke Skepsis, ganz abgesehen davon, daß es sehr bei platter Annahme der Vorlage durch die Kammer noch Monate dauern wird, ehe die neuen Steuern zu fließen beginnen werden. Man befürchtet, daß die wirklichen Einnahmen hinter den offiziellen Schätzungen sehr stark zurückbleiben werden.

geführt. Das Pfund ist von 96,12 auf 94,82, der Dollar von 22,80 auf 22,35 zurückgegangen.

Valutodebatte der Kammer.

Paris, 15. Januar. (W.B.) Bei Eröffnung der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer verlangte der Abg. Lacotte die sofortige Besprechung einer Interpellation über die Devisenfrage der letzten Tage. Die Kammer beschloß demgemäß, daß der Finanzminister wachste daraufhin geltend, daß die Regierung am Donnerstag die heute vermittelte im Ministerrat beschlossene Gegenentwürfe einbringen werde und verlangte, daß auch die Interpellation Lacotte auf Donnerstag vertagt werde. Diesem Vorschlag des Finanzministers widersprach der Sozialist Blum, der erklärte, er bestrebe auf sofortiger Diskussion. Die Regierung ermahnte die Kammer zur Ruhe, aber die Kammer wählte, daß auch die Regierung Ruhe und Kollektivität bewahre. Nach dem Protokoll des heutigen Ministerrats scheint es, daß der Regierung jede Kollektivität fehlt. Es habe den Anschein, als schide sich die Regierung an die Zustimmung der Kammer zu ersten Maßnahmen zu erlangen, u. a. die scheinbare Ausnahme von neuen Steuern. Dies sei ein schwerer Fehler. Das Sinken des Frankens werde nicht durch das hervorgerufen, was in London, Amsterdam, New York und Brüssel geschehe, sondern durch das, was sich in Paris vorbereite. (Zwischenruf des Kommunisten Cazin: „Durch die Beizung des Ruhrgebietes!“ — Der Finanzminister rief: „Auch durch die Urteile von gewissen Blättern!“ Mehrere Sozialisten wendeten sich mit heftigen Zwischenrufen gegen den Finanzminister, die Rechte ebenso gegen den Abg. Blum.) Abg. Blum erklärte nach Wiederherstellung der Ruhe, das Sinken des Frankens sei

das Ergebnis der ganzen Regierungspolitik, die von den Sozialisten so oft in der Kammer an den Pranger gestellt worden sei.

Nach Blum sprach Abg. Lardieu, der trotz der für Donnerstag angedienten Regierungserwartung ebenfalls die sofortige Diskussion der Interpellation für notwendig erklärte. Im Namen der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen stellte darauf Abg. Renard fest, daß die keine Löhne die unmittelbare Folge der bisherigen Verschleppungspolitik der Kammer sei. Sie habe das zweijährige Budget angenommen und den Glauben erwecken wollen, daß es im Gleichgewicht sei, während sie wohl gewußt habe, daß es nicht so sei.

Die Interpellation Lacotte wurde schließlich mit 388 gegen 189 Stimmen auf Donnerstag verschoben.

Die angekündigten Sanierungsmaßnahmen hoben am Dienstag zu einer Abkühlung der Kurse der ausländischen Devisen

seine Klasse — stärker und echter als noch den Methoden kommunistischer Kindererziehung — erwächst.

Weder die Schule der Gegenwart noch die Familie der Gegenwart kann solche Erziehungsarbeit für die Gesamtheit der Kinder des Proletariats leisten. Diese Erkenntnis hat — vielleicht nicht immer in voller Klarheit erfaßt, aber doch an der Schwelle des Bewußtseins vorhanden — heute bereits in allen Ländern, in denen die Arbeiterbewegung den primitivsten Formen ihres Befreiungskampfes entzogen ist, zu tastenden Versuchen in der Gründung von Kindergruppen, Kinderschulkommissionen, Kinderhorten und dergleichen geführt. Erst ganz allmählich, von Oesterreich beginnend, das bereits über 200 000 Kinder betreut, nun auch auf Deutschland übergreifend („Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“), auf die Tschechoslowakei, auf Nord- und Westeuropa, gestalten sich diese Versuche zu einer organisierten Erziehungselbsthilfe des Proletariats, zum Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigenen Kinder und damit für ihre Zukunft. Diesen Kampf der Arbeiterklasse — um den bekannten Satz des Erfurter Programms zu variieren — zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen, soll die Aufgabe der neugegründeten Internationalen sein.

Ihre Exekutive wird zum ersten Male während des internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien im Juni dieses Jahres zusammentreten und damit auch äußerlich zum Ausdruck bringen, daß sie sich nicht als etwas Selbständiges, sondern als ein dienendes Glied der gesamten Arbeiterbewegung fühlt. Erziehung — nicht mehr wie in der kapitalistischen Kultur eine Angelegenheit von Berufs- und pädagogischen Behörden und Institutionen, sondern eine Sache der Gesamtheit, der neuen Gesellschaft, deren Trägerin die Arbeiterklasse sein wird. Und je mehr sich die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dieser neuen Gesellschaft zu Wirklichkeiten formen, je mehr sich die gewerkschaftliche und politische Internationale dem Ziele ihrer Forderungen nähern wird, um so stärker werden die kulturellen, die pädagogischen Notwendigkeiten werden, um so mehr wird die Internationale der Erziehung in ihrer Bedeutung für den Gesamtkampf der Arbeiterklasse wachsen. Sie wird der neuen Wirtschaft den neuen Menschen schaffen, der in ihr und mit ihr zu leben gelernt hat.

Das Programm des Kabinetts Held.

Dresden, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am sächsischen Landtag gab Ministerpräsident Genosse Heldt unter fortgesetzten lärmenden Zwischenrufen der Kommunisten und in Abwesenheit des linken Flügels der sozialdemokratischen Fraktion das Programm der neuen Regierung bekannt. Ministerpräsident Heldt stellte zunächst die Mitglieder seines Kabinetts vor und fuhr dann fort:

Nachdem durch die bekannten Vorgänge die sozialistische Kindererziehung seines Amtsvorgängers nicht mehr haltbar war, sei es zur Bildung der sogenannten großen Koalition gekommen. Die Regierung werde das Ihrige dazu beitragen, daß die so begründete Arbeitsgemeinschaft länger zusammenhalten werde als die Regierungen der letzten Zeit. In der Frage der Auflösung des Landtages und der Neuwahlen im Wege des Volksbegehrens werde die Regierung pflichtgemäß nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren. Landtag und Regierung würden sich aber während des Verfahrens darüber schlüssig zu machen haben, ob und in welchem Umfange noch vor den Neuwahlen eine Verringerung der Abgeordnetenzahl und eine Verkleinerung der Wahlkreise durchzuführen sei. In dem gegenwärtigen Kabinett seien zum erstenmal die Vertreter aller Parteien zusammengefaßt, die

auf dem Boden der republikanischen Verfassung

leben. Darin liege eine sichere Gewähr dafür, daß die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Freistaates Sachsen von ihm peinlichst gewahrt und beschützt werden. Die sächsische Regierung werde Wert darauf legen, daß die komplizierten wirtschaftlichen Verhältnisse und

die besonders große Erwerbslosigkeit in Sachsen von der Reichsregierung in besonderem Maße gewürdigt werden. Sie glaube dieses Ziel besser durch mündliche Verhandlungen erreichen zu können als durch einen Federkrieg, zumal, wenn der Landtag sie hierbei kräftig unterstütze.

Nachdem der Ministerpräsident Förderung der sozialen Fürsorge, die Schaffung von Krediten und Arbeitsmöglichkeit, Befestigung des Baumarktes usw. in Aussicht gestellt hatte, betonte er, daß in künftiger Beziehung kein Rückschritt eintreten, sondern die Weiterentwicklung der Wege gebet werden solle, soweit es die Finanzlage nur irgendwie gestatte. Der Haushalt soll auf Gold umgestellt werden. Die Regierung werde außerdem bestrebt sein, durch gerechte Verteilung der Lasten auf alle Volksschichten die zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung unbedingt notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Befestigung der Staatsfinanzen werde in erster Linie davon abhängen, ob es gelänge, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und damit eine gesunde Grundlage für die Ausgleichung des Staatshaushalts zu schaffen. Als eine vornehmste Aufgabe lehnte die Regierung an.

den staatlichen Besitz zu erhalten und weiter auszubauen;

die wirtschaftliche Not und die schlechte Finanzlage gestatte leider nicht die Inangriffnahme neuer Staatsaufgaben, die mit neuen Kosten verbunden wären. Sie erfordern vielmehr gebieterisch eine Einschränkung aller Staatsausgaben sowie des Behördenapparats. Die sächsische Regierung glaube aber, daß es mit dem ihr von der Reichsregierung aufgegebenen Personalaufbau allein nicht getan sein werde, sondern vielmehr damit Hand in Hand ein Abbau und Umbau des Verwaltungsorganismus gehen müsse.

Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident: Leider kann nicht behauptet werden, daß die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung im verflochtenen Jahr durchweg erfreulich gewesen sind. Auch die Verhältnisse der einzelnen Bundesregierungen zueinander sind vielfach durch allzu scharfe Betonung der parteipolitischen Gegensätze getrübt worden. Die bayerische Regierung ist soweit gegangen, daß sie zur sächsischen Regierung die geschäftlichen Beziehungen abgebrochen hat. Ich kann nicht glauben, daß diese Entwicklung dem deutschen Ansehen und der deutschen Einheit förderlich ist, erblicke vielmehr

Schwersten Gefahren für die Verfassung von Weimar.

Die bayerische Regierung hat eine Revision dieser Verfassung angesetzt. Die sächsische Regierung hält zwar eine grundsätzliche Neuregelung des gegenwärtigen Finanzsystems ebenfalls für geboten, glaubt aber, daß dieses Ziel im weitestlichen auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung erreicht werden kann, und wird sich jedenfalls nicht durch die Förderung partikulärer Tendenzen von dem geraden Wege abbringen lassen, der auf eine allmähliche Erringung des deutschen Einheitsstaates abzielt. Eine weitere Schwierigkeit, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt vorfindet, ist die, daß sie durch den Ausnahmezustand in ihrer Handlungsfreiheit eingeengt ist. Die Regierung hat mit dem Wehrkreiskommando Beziehungen aufgenommen und hofft, solange der Ausnahmezustand noch bestehen wird, im Wege der Verständigung mit dem Wehrkreiskommando die Härten des Ausnahmezustandes auf ein Mindestmaß herabzuredern und damit zugleich eine Aufhebung beschleunigen zu können. Die gegenwärtige Regierung legt besonderen Wert darauf, alle Kräfte, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, zusammenzufassen und den Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Schutze der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Vorbedingung für eine geordnete Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu verwirklichen.

Die Erklärung löste am Schluß den stürmischen Beifall der Koalitionsparteien aus, während die Kommunisten in ironisches Gelächter ausbrachen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Landtages schilderte Finanzminister Dr. Reinhold in der Begründung der Kotvorordnung betreffend Gewerbesteuer und Arbeitgeberabgabe die Finanzlage Sachsens, die er im allgemeinen als sehr ernst bezeichnete. Die Hauptbelastung stellten augenblicklich neben den Besoldungen die Erwerbslosenunterstützungen dar. Am 1. Dezember seien 309 000 Erwerbslose vorhanden gewesen, nach der letzten Statistik gebe es 272 000. Aus dieser geringen Verminderung könne man feststellen, daß eine leichte Besserung im industriellen Leben eingetreten sei. Die sogenannte Arbeitgeberabgabe sei nur als vorübergehende, nicht als dauernde Belastung der Arbeitgeber gedacht.

Die Regierungsparteien erklärten sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Finanzministers einverstanden. Die nächste Sitzung des Landtages findet am Donnerstag statt mit der Tagesordnung: Aussprache über die Regierungserklärung.

Am dem Tag, an dem in London die große Adreßdebatte begann, hat in Dresden die neue Koalitionsregierung durch den Mund ihres Ministerpräsidenten, des Genossen Heldt, ihr Programm verkündet. Im Verhältnis zu der Bedeutung, die das Londoner Ereignis für die ganze Welt hat, erscheint natürlich der Dresdener Vorgang sehr klein, und doch ist er nicht nur für den deutschen Teilstaat Sachsen, sondern für ganz Deutschland von großer Wichtigkeit.

Niemand hat verkannt, daß der Beschluß unserer sächsischen Fraktionsmehrheit, mit Demokraten und Volksparteilern eine gemeinsame Regierung zu bilden, unter den heutigen innerpolitischen Verhältnissen kein geringes Wagnis darstellt. Es war und ist nach langem Experimentieren und argen Fehlschlägen ein erster Versuch, unter sozialdemokratischer Führung in Sachsen stabile Verhältnisse und mit ihnen die Grundlage für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft zu schaffen, an der niemand mehr interessiert ist als die von der Hand in den Mund lebende Arbeiterschaft. Niemand wird auf eine bloße Programmrede hin sagen, daß dieser Versuch schon gelungen ist — aber desto entschiedener darf man aussprechen, daß die programmatische Erklärung des Genossen Heldt für diejenigen, die von der jetzigen Koalition gleich das schlimmste befürchten, eine angenehme Enttäuschung sein muß.

Was an seiner Rede auffällt, ist die Entschiedenheit des republikanischen Bekenntnisses, auf das sich alle Regierungsparteien verpflichtet haben, und die starke Betonung des Willens zum deutschen Einheitsstaat. Wird daran festgehalten, so wird man sagen dürfen, daß die Sozialdemokratie in der Koalition die politische Führung behalten hat. Allerdings waren auf diesem Gebiet bei den bürgerlichen Parteien Sachsens die geringsten Schwierigkeiten zu überwinden, desto größere werden sich auf dem wirtschaftspolitischen und sozialen aufbauen. Der Auktat läßt aber zum mindesten erhoffen, daß es der Sozialdemokratie gelingen wird, am Verhandlungstisch mit den bürgerlichen Parteien zur Wahrung der Arbeiterinteressen soviel zu tun, wie eben immer im engen Rahmen der einzelstaatlichen Bejunctnisse getan werden kann. In ihrem Bestreben, dies zu leisten, verdienen die sächsischen Genossen die Unterstützung der Gesamtpartei.

Am allerwenigsten verdienen sie es jedenfalls, daß man ihnen, die sowieso nicht auf Rosen gebettet sind, noch aus dem eigenen Reigen Dornen und Steine auf das Lager streut. Die Koalitionsregierung in Sachsen ist nun einmal politische Tatsache geworden, und es liegt im Interesse der Gesamtpartei, daß zu ihren Leistungen sachlich und objektiv Stellung genommen wird. Von diesen Leistungen wird schließlich auch das Urteil des Parteitagcs abhängen, der den sächsischen Streit schlichten soll. Die Erfolge bei den sächsischen Gemeindevahlen müssen ja auch den sächsischen Genossen gezeigt haben, daß die Partei den Geist der Geschlossenheit und Kameradschaftlichkeit wiederherstellen muß, wenn sie Erfolge erringen will.

Eine Verschwörung gegen Seekt?

Am Dienstagvormittag ist in dem bekannten Café Josty am Potsdamer Platz in Berlin ein früherer Offizier durch die politische Abteilung des Polizeipräsidenten verhört worden, der unter dem dringenden Verdacht steht, ein Attentat gegen den General v. Seekt, den Chef der Heeresleitung und Inhaber der Polzugewalt, geplant zu haben. Der Verhaftete soll mehrere Spießgesellen haben, die angeblich alle denselben rechtserblichen Kreisen angehören wie die Mörder von Erzberger und Rathenau. Gegen den Verhafteten ist bereits die Voruntersuchung beim Landgericht I eröffnet. Die Berliner Polizeibehörden haben Anweisung, über die Angelegenheit einseitig im Interesse der Untersuchung Mitteilungen nicht zu veröffentlichen.

Die Sprache der Finger.

Von Theodor Thomas.

In der ärmlichen Stube brannte die Lampe nur noch sehr matt. Sie war absichtlich recht klein gedreht worden, um der Kranken in der Ecke den grellen Schein zu ersparen.

Die Frau im Bett lag still in sich gekehrt, den Blick auf ihren Mann gerichtet, der vor ihr saß und sie lange betrachtete, ohne daß die beiden ein Wort sprachen. Er war erst kurz vorher von der Arbeit gekommen und hatte schnell das Zimmer etwas warm gemacht. Alfred benutzte nun die erste Pause, auf dem Bettrand zu verpuhlen.

Dann holte er sich einen Stuhl, setzte sich vor ihr Krankenlager, sprach aber immer noch kein Wort. Er brachte nicht eine Silbe heraus. Gerade vorher auf der Treppe hatte ihm der Arzt gesagt, er solle sich wenig Hoffnung machen, die Tage der Frau seien gezählt. Das hatte ihm ganz die Stimme benommen; das Weinen stand ihm bis zur Kehle, er mußte alle Gewalt anwenden, um seine äußere Ruhe zu bewahren. Frida Schumann sah ihren Mann immer noch an, mit einer gewissen Mangelstille und auch mit Freude, daß er nun bei ihr saß.

Mit den Händen strich sie nervös über die Bettdecke. Immer von der Mitte aus nach den Seiten, als wolle sie alle Falten glätten. Das dauerte so eine ganze Zeit, bis er ihre rechte Hand um unruhigen Wendelgang aufhielt und sie in der seinen festhielt.

Frida überließ sie ihm willig; lächelnd versuchte sie sein Geleht zu umspannen. Umsonst. Ihre kleinen, durch langes Kranksein fast durchsichtig gewordenen Finger lagen kraftlos in seiner schwelgen Faust. Darauf nahm er scherzend die Finger einzeln und ließ sie durch seine Hand gleiten. Jeder trug keine Male, Narben und Flecke.

„Weißt du noch, Alfred, wie das entstand?“

Sie zeigte ihm eine kleine Narbe, die sich am Balken des Daumens durch eine dunkle Färbung abhob.

„Er schüttelte nur stumm den Kopf.“

„Als unser Artur auf die Welt kam, haben wir eines Abends die Betten umgerückt. Wir waren zu arm, ein Kinderbettchen zu kaufen, da hast du mir beim Zusammenlagern einer Kinderbettstelle quer über den Daumen geschlagen.“

„Ja, ich weiß es jetzt. Und du warst zu deinen sonstigen Schmerzen noch um diese reicher. Was hat mir das Leid getan.“

„Und glaubst du auch, daß ich dich an jenem Abend erst wirklich gern gehabt habe?“

„Wie denn, Frida? Wegen des Schlags?“

„Nein, weil du da erst aus dir herausgegangen bist, weil du in deiner Fürsorge um mich unerschöpflich warst. Da erst sah ich so richtig, was für einen guten, paritätigen Charakter du hast.“

„Fridel, lob' mich nicht so, sonst machst du mich ganz schamrot.“

„Nein, das brauchst du nicht. Da, schau dir den kleinen Finger mal an, siehst du die Rinne?“

„Ach, das war von dem Ring.“

„Gell, daran erinnerst du dich? Ja, was waren das für Zeiten.“

Ehe ich dich kennenernte, bin ich mit einem Tischerler gegangen, der mal diesen Ring angeklebt brachte. Er steckte ihn auf, und der Ring ging nicht mehr ab. Nicht um die Welt ging er wieder herunter. Lange Zeit später, nachdem ich mich dir schon verpflichtet hatte, drehstest du an dem Ring herum und liehest nicht los, bis er nachgab und du mir beinahe den Finger mitgenommen hattest.“

Sie lachte verächtlich.

„Das war recht dumm von mir, gesteh es mir.“

„Ja — nein. Du warst doch immer noch eifersüchtig auf den dummen Kerl, den Tischerler; heut tannst du mir's doch sagen.“

Er sah ihre Hand verlegen an. Die Tränen waren ihm ins Auge getreten, als er so daran dachte, wie er von damals an jahrelang seine Frau gequält hatte mit dummen Eifersüchteleien fast bis auf ihr Krankenbett. Dabei hatte sie ihn doch so lieb gehabt — und nun sollte das alles zu Ende sein?

Frida nahm die Tränen für eine Schuld von damals, zog seinen Kopf zu sich und sagte:

„Dummes Kerlchen, mir'st doch nicht nach 22 Jahren noch deswegen nasse Augen kriegen? Weißt du, Alfred, ein Mann, der nicht eifersüchtig ist, war nie in seine Frau verliebt.“

Er trocknete sich die Augen, aber immer schossen neue Wasser hervor.

„Kannst du dich auch noch dieses Fiedens erinnern?“

Am Zeigefinger befand sich knapp unter dem Nagel ein dunkler Punkt.

„War das nicht damals in der Gartenstraße?“

„Ja; du warst schon fünf Wochen ohne Arbeit, im Hause war nichts zu brennen, da ging ich los und sammelte Kohlen für uns. Einer von den Fuhrleuten — zu werd nicht wieder eifersüchtig — konnte mich gut leiden, weil ich mich mit dem begnügte, was herunterfiel, er warf mir ein großes Stück vom Wogen und gerade auf den Finger. Das hat lange Zeit sehr weh getan. Ach, was haben wir beide doch für harte Zeiten hinter uns. Und haben uns doch immer so gern gehabt, geliebt.“

Alfred war nun doch so ergriffen, daß er aufstand, sich im Zimmer beschäftigte, nur um Frida die tiefe Rührung nicht merken zu lassen.

Währenddessen betrachtete sich die Kranke fortwährend ihre Hände, die so viele Merkmale ihres Lebens trugen. Ein Stück Lebensgeschichte nach dem anderen entrollte sich vor ihr, bis die Erinnerung eine Sammeldecke über ihre Lider warf und sie in einem leichten Schlaf abrief. Noch vor Mitternacht war sie tot.

Ihr Mann aber sah noch lange am Bett und betrachtete die kalten, heißen Hände mit den Zeichen ihrer gemeinsamen Mühe und Sorgen.

Schweninger als Arzt. Der eben verstorbene Schweninger, der Feldarzt Bismarcks, der ihn zu behandeln suchte, während Bismarck seine früheren Verletzungen zu behandeln pflegte, wurde auf des Reichstanzlers Befehl Professor an der Berliner Universität.

Wer er schon dadurch in Gegensatz zur Schulmedizin geraten, so wurde dieser Gegensatz im Laufe der Zeit noch außerordentlich verschärft durch seine Stellungnahme gegen die Forschungsmethoden der modernen Medizin. Den schärfsten Widerspruch mußte in einer Zeit, in der Robert Koch durch seine Entdeckungen die Kenntnis vom Wesen der Infektionskrankheiten auf eine ganz neue Grundlage stellte, namentlich Schwaneningers wiederholt öffentlich betonte Auffassung und Behandlungsmethode der ansteckenden Krankheiten erzeugen. Auch mit den Chirurgen geriet er bald in offenen Konflikt; hier war es das Valenrubikum, das ihm in seiner instinktiven Abneigung gegen das Messer des Operateurs zustimmte. Größtes Befremden erregte jedoch seine im Jahre 1900 erfolgte Berufung auf den Posten des ärztlichen Leiters des Kreiskrankenhauses in Berlin-Lichterfelde. Die Vergeßlichkeit setzte es schließlich auch durch, daß an Schweningers Institut eine besondere Abteilung für Chirurgie unter einem Fachchirurgen eingerichtet wurde. Schweninger richtete in Lichterfelde auch ohne Rücksicht auf den Widerspruch der gesamten Medizin eine Lehrscheule ein, an der er Schüler in seinem Sinne heranzuziehen versuchte. Viel Erfolg hat er damit nicht gehabt. Es gelang ihm nicht, seinen Theorien Geltung zu verschaffen.

Diese lassen sich auf eine verhältnismäßig einfache Formel zurückführen: sie bezwecken die Behandlung des tranken Menschen, nicht aber die Behandlung einerseits Drane, wie er von der Schulmedizin behauptete. Gerade das aber ist ein Trugschluß gewesen in einer Zeit, in der Ernst v. Leyden an der Berliner Charité dem Grundlag, den Schweninger für sich in Anspruch nahm, weitestse Geltung verschaffte und die physikalisch-diätetische Methode mit großem Erfolg ausbaute.

Wenn Schweninger als Arzt trotzdem bedeutende Erfolge erzielt hat, so dankte er sie vor allem seiner Persönlichkeit. Für ihn war die Heilkunst eben eine Kunst, und es kümmerte ihn wenig, wenn die Wissenschaft dabei zu kurz kam. Er hatte etwas von einem Paracelsus. Es siedte eben ein Stück Rüsterratur in ihm; daraus läßt sich so manches aus seinem Leben und seiner Persönlichkeit erklären.

Das Märchen von den Riesenmenschen der Urzeit. Die Frage, ob die Erde in vorhistorischer Zeit von Riesen bevölkert war, hat zu allen Zeiten die Gelehrten lebhaft beschäftigt, und mancher Anthropologe, der in wissenschaftlichem Aiste die Knochen von Riesenvergöttern für Skelette des primitiven Menschen sah, hat sich dadurch zu einer bösen Täuschung verleiten lassen. Im allgemeinen muß man aber zur Ehre der Wissenschaft sagen, daß sie allmählich war, die fabelhaften Vorstellungen, die man sich nach dieser Richtung in Paläontologen gemacht hat, auf das rechte Maß zurückzuführen. Fabelle man doch davon, daß die ersten Menschen eine Höhe von etwa 40 Metern erlangt und daß diese Riesenmänner sich ständig verkleinert hätten, bis sie zur Zeit der christlichen Ära auf das Niveau des heutigen Menschenmehes herabgesunken waren. Ja, man ging sogar so weit, Christus dafür in Anspruch zu nehmen, daß erst durch sein Eingreifen das Sinken der menschlichen Größenmasse zum Stillstand gekommen sei. Die „Etudes biologiques“ weisen in dieser Beziehung darauf

Presse- und Regierungsumpf.

Wie Poincaré und Klotz die Kuffengelder für eigene Korruptionszwecke verwendeten.

Die Enthüllungen aus den russischen Staatsarchiven über die Korruption der französischen Presse durch die Zarenregierung werden immer merkwürdiger. Wir hatten zuerst nach der „Humanität“ über das Eingreifen Poincarés und Klotz berichtet, die selbst die Verteilung der Gelder übernommen hatten, wodurch die Ruffen die Kontrolle über die Bestechungsgelder immer mehr aus den Händen verloren und darüber schwer erbotet waren.

Im Laufe des Frühjahrs 1913 entwickelte sich die Angelegenheit allmählich dahin, daß der inzwischen zum französischen Minister des Innern ernannte frühere Finanzminister Klotz von den Russen forderte, daß ihm eine zweite Rate von 100 000 Frank zur Verfügung gestellt werde. Und zwar begründete er dieses Ansinnen damit, daß die allgemeine Lage der französischen Regierung im Zusammenhang mit der Gegnerschaft weiter Kreise gegen die Wieder Einführung der dreijährigen Dienstpflicht immer schwieriger wurde und eine erneute „Einwirkung“ auf die Presse erforderlich sei.

Dies wird nicht nur in einem, sondern in mehreren ausführlichen Berichten mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Insbesondere spricht der russische Finanzminister Klotzow, der von vornherein dieser neuen Bestechungsaktion auf Grund der üblichen Erfahrungen von 1904/05 sehr skeptisch oder sogar feindselig gegenübergestanden hatte, in einem „absolut vertraulichen“ Schreiben vom 4. Juni 1913 an den Außenminister Sazonow seinen Ärger offen aus:

„Herr Klotz hebt mit Nachdruck die Notwendigkeit hervor, schon jetzt eine so große Ausgabe für Pressezwecke zu machen wegen der Möglichkeit eines Feldzuges gegen das neue Militärgesetz und auch im Zusammenhang mit der allgemeinen schwierigen Lage des französischen Kabinetts.“

Wie daraus hervorgeht, wird die obgenannte Summe von 100 000 Frank, die von Klotz verlangt wird, für Zwecke der französischen und nicht der russischen Regierung ausgegeben, was kaum den Ideen entspricht, die uns vor Augen schwebten, als wir einen besonderen Fonds für die Presse erschufen.“ (1)

Wohl oder übel mußte aber Rußland wieder einmal nachgeben und das Geld herausspucken. War sich ja die Zarenregierung dessen bewußt, daß mit der dreijährigen Dienstzeit, d. h. mit der Regierung Barthou, die ganze imperialistische Bündnispolitik Paris-Petersburg stand und fiel.

Dennoch wollte die russische Regierung die Hoffnung nicht aufgeben, aus ihren Geldern einen etwas weniger indirekten Vorteil zu ziehen. Das war auch die Meinung des Botschafters Tswolkow, der um Rat gefragt worden war und der am 4. Juli 1913 nach Petersburg telegraphierte:

„Entsprechend der Ansicht des Staatsrates Kassalowitz könnte man dem Verlangen von Klotz stattgeben unter der Bedingung, daß die subventionierte Presse nicht nur das Militärgesetz und die Politik des französischen Kabinetts, sondern auch unsere Interessen, z. B. in den Balkanfragen, unterstützen. Es scheint mir, daß die Frage, so gestellt, für uns annehmbar wäre. Kassalowitz ist beauftragt, sich in diesem Sinne Klotz gegenüber zu äußern.“

Kotowhew's endgültige Zustimmung scheint trotz dieses ausdrücklichen Vorbehaltes dennoch nicht leicht zu erlangen gewesen sein. Erst acht Tage später telegraphiert der leitende Beamte des Finanzministeriums Dawidow an Kassalowitz, daß der Minister zustimmt,

„aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß, so wie es übrigens versprochen worden war, die französische Regierung die nötigen Schritte bei der Presse unternimmt, damit letztere auch wirklich unsere Interessen vertritt. Geschiehe dies nicht, dann würde seine Erregung in Zukunft alle Subsidien dieser Art einstellen.“

Diesen Standpunkt bekräftigt ausdrücklich Kotowhew selber in einem Brief an den Außenminister Sazonow, aus

hin, daß die Größe des Menschen im Gegensatz zu den riesenhafte getragenen Höhen vieler vorweltlicher verschwandener Tiere immer stationär geblieben ist. Kleinstwüchsig haben immer nur in der Phantasie der Menschen existiert. Freilich hat es zu allen Zeiten Männer und Frauen ungewöhnlich großen Wuchses gegeben; aber das waren Ausnahmen. Der Mensch nach ist ein Volk im Wachstum durchaus von der geographischen Lage seines Wohnsitzes abhängig. So weisen im großen und ganzen die gelben Rassen kleinere Menschen auf als die kaukasischen; den Tiefstand erreichen hier die Japaner und Eskimos, wogegen den Rekord der Größe in Europa der Russe behauptet und der Mittelwuchs in Zentraluropa überwiegt. Dabei erreicht der Norden höhere Maße als der Süden. Stämme von Riesen und Zwergen findet man dagegen bei der schwarzen Rasse, und die größten Menschen dürften heute unter den Feuerländern zu finden sein.

Der ungarische Komponist und Klavierpieler Bela Bartok ist im 75. Lebensjahre gestorben. Unter allen Virtuosen war er sicherlich der eigenartigste: er hatte nur eine linke Hand und war doch ein Meister auf seinem Instrument. Im 14. Lebensjahre hatte er auf der Jagd den rechten Arm eingebüßt, aber durch seine Leidenschaft für die Musik angetrieben, überwand er alle Schwierigkeiten. Als Sohn eines ungarischen Magnaten mußte er die juristische Laufbahn einschlagen, in der er es zu hohenstellungen brachte. Aber seine Liebe gehörte der Musik. Hervorragende Lehrer, darunter auch Liszt, bildeten ihn aus, und so konnte er in zahlreichen Bechtelungsleistungen auftreten. Die Stücke bearbeitete er komponierte er selbst für seine linke Hand. Er komponierte auch Chorwerke und Opern („Klar“ wurde 1898 in Berlin aufgeführt). Sein Vaterland ehete seine Verdienste, indem es ihn zum Präsidenten der ungarischen Landes-Musikakademie ernannte. Während des Krieges stellte er seine Erfahrungen in den Dienst der zahlreicheren Einarmigen, denen er durch seine Vorträge und sein Beispiel bewies, wie der Mensch durch Energie alles überwinden kann.

Der Weltkulturbund im Feldzug, den der Reichsrat der Deutschen Verste am Sonntag 6 Uhr veranstaltete, wird im Konzertteil außer dem Vereine Lehrgesangsvereine das erste Mal in einer Sängereinheit internationaler Art bringen, der türkischen Kammerlingen Hans Dantowits. Die Besetzung hat Clemens Schmallich übernommen. Nach dem Konzert wird im Vereinsaal des Reichstages die Veranstaltung eines neuartigen „Ritter-Restaurant“, während eine Woche von 15 bis 20 an den Tagesstätten von Westheim und im Weidengarten des Reichstages, Paderborn, 24. (Gartenbau 9-11).

Konferenz. Am 18. Januar der von der Zeitungs-„Der Kritiker“ in der Buch- und Kunstvermittlung von Neun und Gollat, Reichstraße 1, veranstalteten Konventionen werden am 17. 1. Maximal 2000 und 2000. Die Besetzung hat Clemens Schmallich übernommen.

Ausstellungschronik. An der Universitätsbibliothek des Reichstages, 10-11 Uhr, wird am Sonntag 6 Uhr veranstaltete, wird im Konzertteil außer dem Vereine Lehrgesangsvereine das erste Mal in einer Sängereinheit internationaler Art bringen, der türkischen Kammerlingen Hans Dantowits. Die Besetzung hat Clemens Schmallich übernommen.

Zum Generalkonvent des Weimarer Deutschen Nationalvereins wurde als Redaktor Ernst Deibitz der hiesiger Weimarer Intendant Dr. Ulrich gewählt. Am 17. wurde zugleich die Generalkonvention des Thüringer Landesvereins übertragen.

dem zwischen den Zeilen der Aerger und der Eitel weniger über die Bestechlichkeit der französischen Presse als über die zweideutige Rolle der französischen Regierung in dieser Affäre zum Ausdruck kommen. Diese Gefühle waren durchaus berechtigt. Denn die russischen Minister standen der haarsträubenden Tatsache gegenüber, daß die französische Regierung die an Rußland geliehenen Gelder zum Teil dazu benutzte, um die eigene politische Stellung in der Presse zu festigen. Dieser Wunsch scheint sogar allmählich expressiverische Formen angenommen zu haben; denn als Kotowhew's Zustimmung zu lange auf sich warten ließ, soll sich, wie Kassalowitz am 20. Juni telegraphierte, der Innenminister Klotz „sehr unzufrieden über die Verzögerung bei der Auszahlung der versprochenen Summe“ geäußert haben.

Das Tollste ist vielleicht, daß Frankreich bisher die Anerkennung der Sowjetregierung davon abhängig machen wollte, daß letztere die Schulden der Zarenregierung an Frankreich anerkenne und übernehme. Dabei ist kein Centime von den Milliardenanleihen nach Rußland gegangen, sondern ausschließlich den französischen Kriegsmateriallieferanten zugesprochen, und darüber hinaus hatte sogar die Regierung Barthou-Klotz im Auftrage Poincarés für ihre eigenen innerpolitischen Zwecke die Pariser Presse mit russischen Geldern bestochen!

Wer zweifelt heute noch daran, daß der Sieg Frankreichs, der Sieg Poincarés und Klotz gleichbedeutend war mit dem Siege des Rechts und der Jbidifikation?

Dr. Schaacht nach Paris eingeladen.

Die Sachverständigenberatung geheim.

Paris, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der von der Reparationskommission eingesetzte Sachverständigenausschuss veröffentlichte gestern Dienstag eine Erklärung des Inhalts, daß seine Beratungen bis auf weiteres geheimer Natur seien und seine Mitglieder sich verpflichtet hätten, sich jeder privaten Mitteilung an die Presse zu enthalten. Der Ausschuss teilt weiter mit, daß er am Dienstagvormittag beschlossen hat, den Präsidenten der Reichsbank Dr. Schaacht zu bitten, nach Paris zu kommen, um über einige mit dem Problem der deutschen Währungsstabilisierung zusammenhängende Fragen Auskunft zu geben. Jede Mitteilung an die Presse wird durch den Generalsekretär erfolgen, der sie vorher dem Ausschuss unterbreiten wird. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Mittwochvormittag statt.

Kampf um die Regie.

England gegen Frankreichs Eisenbahnpläne.

London, 15. Januar. (WTB.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Köln meldet, daß Paris abgelehnt habe, das Eisenbahnübernahmengesetz zu ratifizieren, das vom Generaldirektor der Regie, Bréard und von dem britischen und französischen Vertretern unterzeichnet und auch von den Deutschen angenommen worden war. Infolgedessen sei die Frage der Dinge in Köln wiederum ernst. Die Regie habe sich, was insbesondere den Gütertransport betreffe, als die unzulänglichste Eisenbahnverwaltung in Europa gezeigt; sie könne nicht einmal die auf Grund des Düsseldorf-Abkommens angeführten Kohlenlieferungen bewältigen. Die Wirkung der Auslieferung der Eisenbahnen an Frankreich würde sich in vielen Richtungen zeigen. Frankreich würde die Eisenbahnen von Holland bis zur Schweiz in die Hand gegeben werden, was die Möglichkeit gebe, gegen bri-

tische und andere Staatsangehörige die Frachtsätze zugunsten der französischen Industrien und zum Nachteil britischer und anderer Staatsangehöriger zu differenzieren, wie dies Frankreich bereits auf anderen Gebieten in wirtschaftlicher Beziehung tue. Die feste Haltung der britischen Regierung sei aber ein beruhigender Beweis dafür, daß eine derartige katastrophale Unterwerfung nicht erfolgen werde.

Sitzung des Sechzigerausschusses.

Die Wahlfrage im Rheinland.

Köln, 15. Januar. (WTB.) Der heute im Spanischen Bau zusammengetretene Sechzigerausschuss, dessen Vollversammlung Fraktionsstimmungen vorausgingen, nahm zunächst die Wahl des Präsidiums vor. Zum ersten Vorsitzenden wurde Justizrat Rönnig-Köln (Zentr.) gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Beigeordneter Dr. Meerfeld-Köln (SPD), zu Beisitzern Professor Dr. Wolfenbauer-Köln (D. Sp.), Justizrat Falk (Dem.) und Rippel-Hagen (Drat. Sp.). Außerdem wurde ein aus 15 Mitgliedern bestehender Ausschuss zur Erledigung der laufenden Geschäfte gewählt. Damit hat sich der Ausschuss endgültig konstituiert.

Er trat darauf in die Verhandlungen ein. Justizrat Falk-Köln behandelte die Frage der Befehungskosten. Die Frage wurde mit einer Reihe von Anträgen, die sich u. a. auf die Befehungsarbeiten und die Entschädigung der von den Separatisten Geschädigten bezog, zur Erledigung dem Fünfhünderausschuss überwiesen. Der Abgeordnete Haas-Köln referierte über die Befreiung der Versammlungs- und Pressefreiheit im Befehungsgebiet und befürwortete im Hinblick auf die kommenden Reichstags- und Gemeindevahlen Schritte des Sechzigerausschusses bei der Rheinlandkommission und General Degoutte, um die Gewährleistung voller Versammlungs- und Pressefreiheit bei diesen Instanzen zu erlangen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag des Referenten zu und überwies die Angelegenheit ebenfalls zur weiteren Behandlung der Fünfhünderkommission. Ein weiteres Referat beschäftigte sich mit der Separatistenbewegung in Hessen und der Pfalz. In einer Entschließung schloß der Sechzigerausschuss einmütig seinen Standpunkt in dieser Frage zusammen.

Begnädigung der Sozialrevolutionäre.

Moskau, 15. Januar. (WTB.) Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur hat das Präsidium der Zentralkommission der Sowjetunion die gegen die Sozialrevolutionäre Goh, Donstoj, Horaklein, Handelman, Lichtsch, Iwanow, Kinet, Imosejew, Ugapow, Alkowitz und Kwanowa seinerzeit ausgesprochenen Todesurteile in fünfjährige Gefängnisstrafe mit strenger Isolierung umgewandelt. Die Gefängnisstrafen der anderen Verurteilten werden entsprechend um die Hälfte gekürzt und die Unterzahlungs-haft angerechnet. Die Strafmilderung wird mit der innen- und außenpolitischen Konsolidierung der Sowjetmacht und der Führung der Inhabierten begründet.

Wogrome im Süden.

Charkow, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Gegend von Jelsawetgrab, Korkun, Solta und Olbiopol brachen schwere Unruhen aus, welche gegen Kommunisten und Juden gerichtet waren. 118 Juden wurden ermordet.

Reichsrat und Verfassungsrevision. Die Denkschrift der bayerischen Regierung betr. die Revision der Weimarer Verfassung ist dem Reichsrat zugegangen und wird voraussichtlich schon auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen.

Das Programm der Beamten.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes schloß auf seiner Tagung am 14. Januar in Anwesenheit von sechzig Vertretern der angeschlossenen Verbände nach einem Referat des Staatssekretärs a. D. Professor Dr. Hirsch und nach einer ausgedehnten Aussprache einstimmig nachstehenden Beschluß:

Unter dem Druck der allgemeinen politischen Zustände haben die von der Reichsregierung zu verantwortenden Auswirkungen des zweiten Ermächtigungsgesetzes sowie des militärischen Ausnahmezustandes einen besonders unheilvollen Einfluß auch auf die Gewerkschaftsbewegung der Beamten und die Gestaltung der beamtenpolitischen Lage ausgeübt. Der Bundesausschuss des ADB hat daher in nachstehender Entschließung erneut zu den zurzeit besonders aktuellen Fragen der beamtenpolitischen Stellung genommen, um die sichere Grundlage für die in der herannahenden Zeit politischer Hochkonjunktur vom ADB zu vertretende Beamtenpolitik zu schaffen:

I. Abbau.

Der Bundesausschuss des ADB verurteilt aufs schärfste das Verhalten der maßgebenden Stellen, die die Forderungen der Beamten-schaft zur Verbesserung der Personalabbauverordnung unberücksichtigt gelassen haben. Er protestiert gegen die willkürliche Durchführung der Abbauvorschriften, die in vielen Fällen nur einen Vorwand zur Vereinfachung politischer oder gewerkschaftlicher mißliebiger Beamten bilden. Der Bundesausschuss bedauert, daß es dem Fünfhünderausschuss des Reichstages nicht gelungen ist, die schärfsten Härten und Verletzungen des Beamtenrechts aus der Personalabbauverordnung zu entfernen.

Das Verhalten der Reichsregierung, die sich bis heute noch nicht einmal über ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen des Fünfhünderausschusses äußerte und die Ausführungsbestimmungen zur Personalabbauverordnung noch immer nicht erlassen hat, zeigt deutlich die Gefahr, die das Ermächtigungsgesetz auch für die Beamtenpolitik geschaffen hat.

II. Arbeitszeit.

Die Aufhebung des Achtstundentages für Beamte durch künftige Verfügung der Reichsregierung und die hierin liegende Sonderbehandlung der Beamten-schaft gegenüber den übrigen Arbeitnehmern wird vom Bundesausschuss aufs schärfste verurteilt, und der Versuch, mit dieser Zwangsmaßnahme der um Aufrechterhaltung des Achtstundentages kämpfenden Arbeitnehmerschaft in den Rücken zu fallen, zurückgewiesen. Die ohne Rücksicht auf die Kämpfe und Interessen der Beamten-schaft verfügte allgemeine Einführung der geteilten Arbeitszeit muß insbesondere die auch im öffentlichen Interesse liegenden Fortbildungsbekämpfungen der Beamten-schaft unterbinden und dadurch den kulturellen Aufstieg der Beamten-schaft hemmen.

III. Befoldung.

Der Bundesausschuss erhebt Protest gegen die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes festgesetzten Hungergehälter für Beamte. Die als Beibringung angeführte finanzielle Unmöglichkeit sieht der Bundesausschuss als die Folge mangelnder Heranziehung der Leistungsfähigen zu den Staatsausgaben sowie einer verkehrten Inflation und Steuerdrückbereiung begünstigten Währungs- und Wirtschaftspolitik an. Der Bundesausschuss verlangt von der Regierung, endlich die Sanierung der Reichsfinanzen wenigstens im ordentlichen Etat durch

Schaffung ausreichender laufender Einnahmen im Wege der Besteuerung des Kapitals und Besitzes an der Quelle vorzunehmen und mit größter Beschleunigung eine Aufbesserung der Beamteneinkünfte durchzuführen. Gegen die Absicht, durch weitere Verbrauchssteuern (Friedensgeldsteuer) die Lebenshaltung der Beamten-schaft noch mehr herabzudrücken, legt der Bundesausschuss nachdrücklichste Verwahrung ein.

IV. Streiffrage.

Der Versuch, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage der Beamten-schaft und des Druckmittels des Abbaues sowie unter Benützung der durch das Ermächtigungsgesetz geschaffenen politischen Lage der Beamten-schaft das Koalitionsrecht nehmen oder schmälern zu wollen, wird vom Bundesausschuss mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen. Die sich ihrer Verantwortung gegenüber Reich und Volk bewußte Beamten-schaft muß es ablehnen, im demokratischen Staat durch Koalitionsverbote unter Ausnahmerecht gestellt zu werden. Der Bundesausschuss spricht die volle Solidarität sämtlicher ADB-Verbände mit denjenigen Beamten-gruppen aus, gegen die solche Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Der Bundesausschuss des ADB hält unter ausdrücklicher Bestätigung des von ihm vertretenen Grundgedankes der parteipolitischen Neutralität zur Vermittlung der vom ADB erhobenen Forderungen einen größeren Einfluß der Gewerkschaften auf die politischen Parteien für unbedingt erforderlich. Er beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Im übrigen erwartet der Bundesausschuss des ADB von den einzelnen Mitgliedsverbänden des ADB, angeschlossenen Verbänden, daß sie aus den gewerkschaftlichen Forderungen der Beamten-schaft die parteipolitischen Konsequenzen ziehen und u. a. auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur solche politischen Parteien unterstützen, die die Gewähr bieten, daß sie die auch in dieser Entschließung niedergelegten Forderungen des ADB-Programms vertreten.

Der Bundesausschuss nimmt von den im Oktober vorigen Jahres vom Vorstand des ADB unternommenen Versuchen Kenntnis, die Beamtenorganisationen zu einer Kampfgemeinschaft zusammenzuschließen, um durch gewerkschaftliche Abwehrmaßnahmen die dem Berufsbeamtentum drohenden Gefahren abzumildern. Der Bundesausschuss stellt mit Bedauern fest, daß dieses Ziel infolge der gewerkschaftlich unzuverlässigen Haltung des Deutschen Beamtenbundes nicht erreicht worden ist, der im entscheidenden Augenblicke durch Ablehnung der Urabstimmung nicht den Entschluß zur Tat aufgebracht hat.

Der Bundesausschuss billigt die Haltung des Bundesvorstandes bei den im Dezember mit dem ADB geführten Einigungsverhandlungen. Er weist mit Entrüstung die Äußerungen der Vertreter des TSB zurück, die den vom ADB mit ADBB und AFA-Bund abgeschlossenen Organisationsvertrag als einen „fehen Papier“ bezeichnet haben. Gerade in dem Zusammenwirken der gewerkschaftlich gerichteten Beamten mit den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in einer Einheitsfront erblickt der Bundesausschuss die einzige Möglichkeit, um die Befreiung der Beamten-schaft als Teil der gesamten Arbeitnehmerschaft vom wirtschaftlichen Druck des Kapitalismus, der auch den Staat unter seine Gewalt gebracht hat, zu erreichen.

Schicksalsfragen der Erwerbslosen.

Kurz vor Weihnachten gingen Vertrauenspersonen der Erwerbslosen in den Wohnhäusern mit amtlich gestempelten Listen herum, um Spenden für eine bescheidene Weihnachtsbescherung der Kinder der Arbeitslosen unter ihnen zu sammeln. An vielen Türen wurde vergebens geklopft. Oftmals mußten die Bittenden hören: „Nein, wir geben nichts.“ Die Erwerbslosen erhalten ja ebensoviel Unterstützung als die Arbeitenden an Lohn. Welche gähnende Lücke zwischen den beiden Klassen! Welche verkehrte Anschauung über einen Sozialstaat, der bei der Größe der Not und der aus ihr erwachsenden Gefahren eigentlich jedem, der noch eine Spur von Verständnis für Allgemeininteressen ausbringen kann, gefällig sein müßte! Einige erfinden den Unfug, vielleicht nicht ganz ohne dunkle Absichten, hunderttausend andere schwächen ihn gedankenlos nach. Keiner der Nachbarn gibt sich die kleine Mühe, den Dingen auf den Grund zu gehen. So entstehen Gerüchte, die merkwürdig zäh in jenen Bevölkerungskreisen, die noch keine Not leiden und sie wohl noch nie am eigenen Leibe gespürt haben, kleben bleiben. Sie sind aber leider auch eingebunden in Berufsstände, denen man etwas mehr Objektivität zutrauen könnte. Betrachtet alles in allem, und ihr habt ein Bild von Not, die erst richtig in den kalten Wohnungen, vor den halbieren Töpfen ihre scharfen Krallen zeigt.

Kontrolle und Nebenverdienst.

Eine lästige Sache, diese Erwerbslosenkontrolle. In dem geliebten Umfange vielleicht zum erheblichen Teile überflüssig. Schon ist man von drei Kontrolltagen auf zwei in der Woche herabgegangen. Auch das hat noch einen starken Schuß bürokratischer Einschläges aus älterer Zeit. Mindestens einmal wöchentlich muß beim zuständigen Arbeitsnachweiser, der meist in der Innenstadt gelegen ist, das zweite Mal kann bei der Fürsorgestelle des Verwaltungsbezirks gestempelt werden. Wer die Arbeitslosenkarte nicht stampeln läßt, erhält kein Geld. Diesem wird nur gestempelt; bei den großen Arbeitsnachweisern erst nach mindestens einstündigem Kleiderabwischen auf den stets überfüllten Bänken vor den Schaltern, daneben aber keine Kontrollliste geführt. Wozu also eigentlich die Bemühung? Der Arbeitslose muß einen weiten Weg zu Fuß machen und die defekten Stiefelsohlen noch mehr zerreißen oder dreihundert Willkürden Fahrgehalt opfern. Mit allem Drum und Dran ist dann der Vormittag futsch. Die Zeit könnte besser zu Verdienstmöglichkeiten ausgenutzt werden. Oder glaubt man etwa, daß der Arbeitslose nur auf der Bärenhaut liegt und als Nichtsteuer keine Unterstützung einstreicht? Er hat nur keine ständige, keine geregelte Arbeit ist aber gezwungen, immer auf der Jagd nach Gelegenheitsverdiensten zu sein, wenn er nicht halb verhungern will. Selbst der Jugendliche, der nur das Geld von der Fürsorge heimbringt, wird nicht lange bei Muttern hinter warmen Ofen oeduldet. Da heißt es: „Du mußt unter allen Umständen auf ehrliche Art wenigstens noch etwas nebenbei verdienen, denn von den paar Linien Unterstützung kann ich dich auf die Dauer nicht ernähren.“ Wie unlagbar schwer ist es aber, diese Gelegenheitsarbeit zu finden, wenn allein in Groß-Berlin vierhunderttausend Arbeitslose täglich nach ihr suchen und sie sich nicht so bietet wie etwa durch Handel und dergleichen in der Weihnachtzeit oder durch Schneesegelei! Wie schwer ist das für die vielen stellunglosen Personen aus lautmännlichen Betrieben, die in Berlin mindestens den vierten Teil aller Arbeitslosen ausmachen, besonders für die weiblichen Jugendlichen, die täglich nach unnütz die Arbeitsnachweise (ins: Anstalten, die keine Arbeit nachweisen können) bröckeln, wider Willen spazieren gehen und zu Hause als kostspielige Mitesser den oft selbst sozial schlecht gestellten Eltern auf dem Hals liegen! Da gibt es lästige Kämpfe, tägliche erregte Szenen. Sie immer wieder ausstufen in die Seelenqual: „Gibt mir doch Arbeit, und ich will gern arbeiten mit allen meinen Kräften! Es ist keine Schwarzmalerei, wenn in weiträumigen Köpfen die bedrohliche Frage, ob nicht durch allzu lange Arbeitslosigkeit für die weibliche Jugend auch sittliche Gefahren herausbeschoren werden müssen, der höchsten Beachtung bedarf. Unsere auch sonst trübe Zeit mit allen ihren unerquicklichen Erscheinungen ist ja für solche Folgen der Arbeitslosigkeit ein nur zu gutes Sprungbrett in die Tiefe. Tausende von arbeitslosen Familienvägern deren Kinder immer elender werden, betteln bereits. Wer lehrt sie das

Kunststück, von den etwa dreißig Goldmark im Monat Erwerbslosenunterstützung eine ganze Familie zu erhalten, wenn ebensowie bei dem, der noch ständige Arbeit hat, Knapp für eine Woche ausreicht?! Das mögen sich auch besonders die Befürworter der in drohender Nähe stehenden Goldmarken gelöst sein lassen. Sie mögen sich daran erinnern, daß der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung nichts von den Wohlfahrtsämtern zu erwarten hat. Er wird mit Anträgen auf Bewilligung von Zuschüssen für Miete, Feuerung, Bekleidung, Kleidung usw. nach den geltenden Bestimmungen restlos abgewiesen. Suche die Nebenverdienst oder verkomme langsam!

Die Ausgedienten.

Das ist das tröstlichste Kapitel der Arbeitslosenfrage. Neben den Jugendlichen, die ja im allgemeinen mit dem goldenen Lebensmut der Jugend ihre Lage leichter ertragen, fällt in den Kontroll- und Jahreshellen die große Zahl der schwer niedergedrückten älteren Leute auf. Darunter befinden sich zahlreiche Veteranen der Arbeit, die ein Vierteljahrhundert oder länger an der gleichen Stelle arbeiteten, sich für den Lebensabend geborgen glauben und dennoch auf die Straße flogen. So manchem Chef war es nicht weiter unangenehm, sich auf gute Art der alten lebenden Anwesenheit, die den besten Teil ihrer Kräfte bei des Dienstes ewig gleichgestellter Uhr verbraucht haben, entledigen zu können. Anderen war es unmöglich, die alten treuen Kräfte zu halten. Mit Vertröstung auf bessere Zeiten gingen sie kopfhängend vor die Tür. Ein Urteilspruch eine Beurteilung! Wer nimmt sie noch? Wer traut ihnen viel Können zu? Der Anwalt sagt: „Wie alt du bist, ist mir ganz gleichgültig... Ich dich hin und zeige, was du kannst!“ In Deutschland, wo vieles noch so blöde auf dem Kreidestrich tänzelt, heißt es schon vor dem 50. Lebensjahr: „Du bist mir zu alt... auf den Sterben kann ich nicht warten!“ Das nennt man dann freie Bahn dem Tüchtigen. So werden jetzt viele ältere Leute, die noch sehr brauchbar, sehr tüchtig sind, zugrundegehen am Arbeitsmangel, am Trauerspiel unserer Zeit. Nach ein paar Monate Aushalt von der Erwerbslosenfürsorge, dann hat sie die Wohlfahrtsämter als billige Altersversorgungsaussicht beim Schopf. Eigentlich ist es einleuchtend. Die siebzig Goldpfennige für den Tag, die der Erwerbslose erhält, sind ja im Verhältnis zur teuren Lebenshaltung noch weniger, als man im Frieden jedem Kriegerempfänger gab.

„Veredelung“.

Unkundige Thebaner ziehen hilflos das alte Problem der Veredelung von Arbeitslosen, ihre Umwertung zu anderen als den erlernten Berufen und die Ausbildung ungelerner Arbeiter zu gelerntem, aus der Verkennung. Schön in der Theorie, schwer erfüllbar in der Praxis und für die gegenwärtige Situation gänzlich undurchführbar. Umweltschwärze, die nach dem Kriege in größerem Maße einsetzte, haben in wesentlichen keinen nennenswerten Erfolg gehabt. Heute müssen sie ohne weiteres scheitern an der riesigen Zahl der Arbeitslosen, zu denen in Massen auch gute Fachkräfte gehören, die man, wenn wirklich in naher Zeit die Arbeitslosigkeit stärker abflauen sollte, vor den frisch Ausgebildeten sicher vorziehen dürfte. Umgekehrt ist ja schon ein großer Teil hochgebildeter Geistesarbeiter, um nur das Leben zu fristen, zu rein mechanischen Arbeiten übergegangen, hat also die Arbeitsmöglichkeiten der gelerten und ungelerten Handarbeiter beschränkt. Was für den Augenblick am nächsten ersicht und den nachgehenden Instanzen immer wieder vorgegeben werden muß, ist neben Kostensenkungen, die aber auch nicht den vielen körperlich verbrauchten älteren Erwerbslosen zugute kommen würden, die Veredelung des Geldbeutels.

Die Tragödie der Erwerbslosen darf in ihren Auswirkungen nicht tragödiert werden für weite Kreise über die Erwerbslosen hinaus durch Schwächung der Volksgesundheit, sittliche Gefahren und ähnliche das ganze Volk angehende Begleiterscheinungen. Können Staat und Gemeinden nicht mehr aus Eigenem die erforderlichen Mittel aufbringen, so muß es, ehe der Sturm noch weiter zieht, schnellstens gelingen, andere gangbare Wege zu finden. Sparte viele Worte, zeigt uns traktvolle Taten!

Die „neue“ Justiz.

Eine Ausgabe der Anwälte des Rechtes.

Die Sparjustiz hat zu wirken begonnen. Wie wir gestern mitteilten, wurde die neue „Rechts“-periode mit dem Versuch eines Verteidigers, die Zuständigkeit der Strafammer zu bestreiten, eröffnet. Rechtsanwalt Dr. Bahm hat mit diesem Versuch den notwendigen Kleinkrieg gegen Emmingers Justizerschöpfung eröffnet. Wenn auch ohne Erfolg, so doch um so mehr mit Recht.

Der Augenblick ist auch ganz besonders dazu angetan, daß die Rechtsanwaltschaft gegenüber dem Gericht zu wahren Anwälten des getriebenen Rechts des Volkes auf volksmäßige Justiz werden. Die Vereinfachung des Gerichtsverfahrens läuft auf eine Verschärfung der Bedingungen hinaus, unter denen der Angeklagte gegenüber dem Gerichte steht. Der alte Grundgesetz lautet von jeher: Gegenüber dem Angeklagten dürfen nicht härtere Gesetzenormen in Anwendung gebracht werden, als die, welche bei Begehung des Verbrechen bestanden haben. Die Ausschaltung der Laienrichter bedeutet aber schon an und für sich eine Verschärfung der Stellung des Angeklagten. Der Kampf, den der Anwaltstand um das Wohl und Wehe, um das Schuldig oder Unschuldig der Angeklagten führt, wird sich um so dramatischer gestalten, als die hauptsächlichste Waffe der Verteidigung, die Vorbringung eines eingehenden Beweismaterials, ihr aus der Hand geschlagen ist. Neben allen anderen Einschränkungen der Rechtsgarantien der Angeklagten ist vielleicht die hauptsächlichste das souveräne Ermessen des Gerichts hinsichtlich des Umfangs der Beweisaufnahme. Glaubt das Gericht nun, daß ihm alle Umstände der Sache bereits klar sind, so macht es einfach kurzerhand Schluss mit der Beweisaufnahme, ohne Rücksicht darauf, ob die Verteidigung ihr noch so wichtig erscheinendes Material zur Entlastung des Angeklagten vorzulegen beabsichtigt. Dem erfahrenen, dem vielleicht persönlich besonders, dem dieser jahrelangen Erfahrung, vom Gericht geachteten Anwalt, wird es unter Umständen noch gelingen, auf eine weiserweise Anwendung dieses „freien Ermessens“ hinzuwirken. Wehe aber dem kleinen Manne, der sich einen gut honorierten Verteidiger nicht leisten kann, und sich mit einem bestellten jungen Rechtsanwalt oder Referendar begnügen muß. Die werden natürlich gegen das hohe Gericht nicht aufkommen können. So erwächst den Rechtsanwaltschaften, auch den geschicktesten und erfahrensten, die Pflicht, sich den Angeklagten zur Verfügung zu stellen. Es war erfreulich zu sehen, wie auch die besonders beschäftigten Anwälte das in bezug auf die Sondergerichte taten. Jetzt, wo die ganze Justiz in eine Sonderjustiz ausgeartet ist, wird dieses um so mehr zur Pflicht. Man darf mit Recht erwarten, daß es den Rechtsanwaltschaften zur besonderen Freude und Genugung gereichen wird, dieser Pflicht nachzukommen.

Kommunistische Demonstrationen.

Trotz der Warnung des Polizeipräsidenten vor etwaigen Demonstrationen anlässlich des geigenen Todestages Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs hatten die Kommunisten am geigenen Dienstag in den Betrieben und vor allen Dingen unter den Erwerbslosen eine rege Propaganda für Streikfundgebungen entfaltet. In den frühen Nachmittagsstunden mochten sich in Neudölln die ersten Anzeichen kommunistischer Demonstrationen bemerkbar. In zahlreichen Stellen bildeten sich Ansammlungen von Erwerbslosen, die dann in größeren und kleineren Gruppen dem Hermannplatz zustrebten, wo sich nach und nach 2000 Personen versammelten, die einen Demonstrationenzug mit der Richtung nach dem Stadtkern bilden wollten. Die am Hermannplatz postierten Streifen waren der Menge gegenüber machtlos, so daß das Eingreifen der Bereitschaften notwendig wurde. Die auf Postautos einströmende Polizeiverstärkung wurde mit lautem Jubeln und Geschrei begrüßt und dem Versuch der Beamten, die Menge zu zerstreuen, teilweise starker Widerstand entgegengekehrt. Ein Promoter wurde dabei tödlich angegriffen und durch Messerstiche verletzt. Mit Hilfe eines starken Polizeieinsatzes gelang es schließlich, die Demonstranten vom Hermannplatz abzudrängen und zu zerstreuen. Die Ansammlungen in Neudölln hielten aber den ganzen Nachmittag über an und es kam auch verschiedentlich zu Zusammenstößen. In der Weichselstraße wurde ein einzelner Schuttpolizist von einer größeren Menge so hart bedrängt, daß er zum Revolver greifen mußte. Er gab zunächst einige Schreihüsse in die Luft ab und, als das nicht fruchtete, schob er in die ihn angriffende Menge, wobei er unglücklicherweise einen Mann und ein zwölfjähriges Mädchen in den Oberkörper traf. Darauf ließen die Angreifer von ihm ab

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

(Schluß.)

Manches Mal lag sie nun da und horchte und horchte auf Wellen, und schließlich meinte sie sie deutlich zu hören. Ja, sie gewöhnte sich daran, sie sich jeden Abend vorzustellen, wenn sie die Hände faltete. Es war wie ein Gesang, ein Chorale, in dem sie sich mit Kristover zusammenfand und den sie mit ihm sang:

„Bergib mir, Kristover!“

Eines Tages mußte sie wieder an die See hinunter, es war wie eine kleine Wallfahrt zu ihm. Aber die kleinsten Kinder wagte sie nicht mitzunehmen.

Im nächsten Winter ging Lofen in die Stadt, um einen Schilling zu verdienen, aber hatte er sich vorher nicht wohl gefühlt, so tat er es in der Stadt erst recht nicht. Es endete damit, daß er als Lofotfischer nach dem Lofot fuhr. Und Marja bekam es erst zu wissen, als er schon dort oben war. Ja ja.

Er, der auf der „Robbe“ Bootsführer hätte sein können, mußte jetzt hier als Halbpantmann umhergehen. Seine Gedanken an die Mutter waren nicht gut.

Im Frühling schrieb er ihr, der Fang sei feilgeschlagen, und wenn er Geld für den Hof zusammenbringen wolle, so müsse er jetzt etwas Ordentliches anfangen. Und nun gehe er nach Amerika.

Er kam nicht einmal inzwischen nach Hause. Er fand wohl, er habe kein Heim mehr.

Nein, nein, dachte Marja, und es war, als breche sie zusammen.

Es war nicht leicht für die, die auf dem kleinen Hof zurückgeblieben waren. Und mehr als eine Nacht lag Marja wach, horchte auf die Wellen, faltete die Hände und stöhnte: „Du mußt mir vergeben, um Christi willen.“

36.

Ein Mann verläßt den Dampfer, ein Herr in grauem Anzug und Strohhut, nahe an vierzig, mit hellem, lockigem Haar und kurzem, rötlichem Bart um das feste Gesicht. Das ist Schulleiter Lars Myran, und er geht einige Schritte an dem Langstreifen entlang und blickt sich um.

Er ahmet einen bekannten Geruch von Meerwasser, Tang und Strand ein. Die Fischerhütten liegen an der Bucht wie

einst, aber jetzt sind sie fast alle angestrichen, rot oder weiß, hier wohnt eine neue Generation, und es sind ganz andere Zeiten.

Der Fjord ist leer von Segeln. Man sieht Dampfer und hört das Rattern von Motorbooten. Die grauen Schuppen liegen noch da, aber kein Lofotboot streckt den Hintersteven heraus, und kein Segler liegt am Lande vor Anker. Die Zeit der Segelboote ist vorbei. Die Lofotfahrt, die Hunderte von Meilen nordwärts führte, ist vorbei. Die alten Fischer sind gestorben oder gehen als Greise umher, die Boote sind zertrümmert. Der Motorsfischer der neuen Zeit ist ein Industriearbeiter auf dem Meere, der Zigaretten raucht und Mitglied einer Gewerkschaft ist.

„Ja ja,“ sagt der Schulleiter. „Und doch — es ist der gleiche Fjord, das gleiche Land. Die Westberge liegen wie einst mit rotglühenden Schneeflecken da. Nur die Menschen...“

Es ist wunderbar, so zu seiner eigenen Kindheit zu wallfahren. Es ist nicht leicht, sie wiederzufinden. Er hatte damals sein Heim hier in einer Hütte. Jetzt wohnen fremde Leute dort. Und die Mutter, die ins Tal hinaufgezogen war, sah schließlich eines Tages ganz allein da — die Kinder gingen fort, eins nach dem anderen. Sie saßen nie recht Fuh dort oben, obwohl die Mutter einen hübschen kleinen Hof hatte. Und jetzt ist auch sie gestorben und seine Geschwister sind in der weiten Welt zerstreut. Die Zeit vergeht.

Er schlendert an den Hütten vorbei. Er hat eine Reisetasche in der Hand, weiß aber im Grunde nicht, wo er bleiben soll. Was tut das? Damals war er hier überall zu Hause.

„Guten Tag!“ Er bleibt vor einer Hütte stehen, wo eine Frau steht und wäscht. Das ist Ellen — früher einmal hieß sie Ellen Roga.

„Guten Tag,“ sagt die Frau und sieht ihn neugierig an.

„Kennst du mich, Ellen?“

„Nein,“ sie starrt ihn an. Sie sollte so einen Stadtherrn kennen?

„Weißt du nicht, daß wir beide Mann und Frau sind? Wir wurden einmal in einer Scheune getraut.“

„Nein, nein, aber so etwas!“ Sie schlägt sich auf die Schenkel und lacht laut. „Nein, bist du es, Lars? Ach, verzeh, ich müßte wohl Sie sagen.“

Sie plauderten zusammen, sie war noch immer hübsch, obwohl sie schon eine abgearbeitete Frau mit fünf Kindern war. Der Mann war früher Fischer gewesen, jetzt arbeitete er in einer Fabrik in der Stadt — das taten viele.

Dann geht er wieder weiter. Die Erinnerungen strömen auf ihn ein. Sich an einer Stelle vorwärtsarbeiten, heißt an

einer anderen verzichten. So ist es, und daran läßt sich nichts ändern.

Aber vor einem Bootschuppen bleibt er plötzlich stehen. Was ist das? Ein langes, gewölbtes Boot, von der Sonne versengt, von Sturm und Regen verwittert, das ist ein Lofotboot. Er geht rings herum. Born am Steven ist ein kleines Schild. Ein paar Buchstaben sind noch einigermaßen leserlich. Da steht „Meerblume“.

Lars Myran blieb stehen und kniff den Mund zusammen. Er dachte an Jakob, an Jakob Schwerenot mit dem Kurzfuß, er hatte guten Grund, sich an ihn zu erinnern. Und hier liegt sein Boot.

Er stand lange und sah es an, ehe er weitergehen konnte. Er hatte schon mit verschiedenen Bekannten gesprochen, als er vor einer Hütte einen sehr alten Mann sah, der Heu rechte. Bart und Haar waren dicht und grau. Wie? Hinkte er nicht? — Der Schulleiter blieb stehen und sah ihn an.

„Guten Tag, Jakob!“

Der Alte blickte von seiner Beschäftigung auf, sagte guten Tag und wollte dann weiter arbeiten und fleißig sein. Er hatte eine rote Zippelmütze auf dem Kopf, und die Augen in dem verwitterten Gesicht waren tief eingesunken, sie erinnerten ein wenig an geronnenes Blut.

„Du bist beim Heuen,“ sagte der Schulleiter.

„Ja, freilich. Und Ihr seid unterwegs?“

„Kennst auch du mich nicht mehr, Jakob?“

„Nein!“ Er sah den Fremden von oben bis unten an. „Wenn du mich eines Nachts von dem treibenden Kiel nicht gerettet hättest, so stände ich jetzt nicht hier.“

„Soja,“ der Alte lachte ein wenig und überlegte. Aber er hatte so viele gerettet.

Als er dann erfuhr, wen er vor sich hatte, da beschattete er die Augen mit der Hand und sagte: „Ja, Schwerenot, jetzt kenn' ich dich wieder, du bist ja ganz und gar dein Vater. Nein, bist du es wirklich, Lars?“

„Wie alt bist du jetzt, Jakob?“

„Ach, die Leute behaupten, daß ich über neunzig bin. Aber wenn man gesund ist —“

„Wirst du jetzt von der Gemeinde erhalten?“

„Ach ja — Gott bessere es! Zum Schluss kam die Armenkaffe.“

„Und du hast die „Meerblume“ nicht verkauft, sehe ich.“

„Ach nein, ich denke, wir beide wollen miteinander vermodern.“

Damit begann der Alte wieder zu rechnen. Er mußte fleißig sein, sollte ihm der Bauer, bei dem er untergebracht war, einen Schilling für Labal vergönnen.

und machten sich aus dem Staube. Die Polizei nahm in Neukölln mehrere Zwangsstellungen vor. — Die Gräber Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf dem Friedhof Friedrichsfelde wurden in den Nachmittagsstunden von etwa 3000 Anhängern der Unruhdiskussion besucht. Es wurden Kränze mit roten Schleißen niedergelegt und die Gräber gehalten, für die die Genehmigung vorher vom Polizeipräsidenten eingeholt war. In der fünften Nachmittagsstunde löste sich am Friedhof ein Demonstrationenzug von etwa 500 Personen, der die Frankfurter Allee hinunter zog. An der Ecke der Magdalenenstraße stellten sich ihm Polizeibeamte entgegen, die die Menge zum Auseinandergehen aufforderten. Trotzdem bald darauf aus der Menge zwei Schüsse fielen, wahren die Beamten die Besonnenheit und gingen ohne Waffe vor, zerstreuten, nachdem Verstärkung gekommen war, die Demonstration und nahmen die Schutzhelme ab. Zu den von den Kommunisten beabsichtigten Demonstrationen am Potsdamer Platz kam es nicht.

Wiens Gesundung.

Ueber das Erlebnis einer Studienreise deutscher Kommunalpolitiker nach Wien hat der Berliner Stadtämter Dr. Karding in diesen Tagen im Berliner städtischen Haushaltsausschuß und vor Pressevertretern eine Reihe von Mitteilungen gemacht, die von außerordentlichem Interesse sind. Wien ist seit der Revolution eine rein sozialistisch verwaltete Gemeinde. Die Leitung der Stadt hat sich stets auf eine Zweidrittelmehrheit in der Stadtverordnetenversammlung stützen können.

Um so stärker ist der Eindruck, den Dr. Karding von dem Zustand der städtischen Wirtschaft in Wien übermittelte. Die Stadtkassen sind gefüllt, die Gemeinde ist in keiner Form auf Kredite bei den Banken angewiesen, sie verfügt über laufende Betriebsfonds in Höhe von vielen Goldmillionen und ist in der Lage, dank der Höhe ihrer Betriebsmittel über notwendig gewordene Ausgaben nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu disponieren. Die Wohnungsmangelswirtschaft und der Mieterschutz ist nicht abgebaut und ein Abbau nicht beabsichtigt. Die Mieten betragen — abgesehen von sozialer Staffelung bei großen Wohnungen — durchschnittlich vier bis fünf Prozent der Mietensumme, die Gemeinde baut dafür in großzügigster Weise sehr neue Wohnungen. Das Wohnungsbauprogramm für dieses Jahr sieht den Neubau von 8000 bis 9000 Wohnungen vor. (Nimmer nach den Angaben Dr. Karding.) Die Stadt hat das Maß kultureller und sozialer Fürsorge nicht nur sich erhalten, sondern steigern können. Die gesamte städtische Wirtschaft erweist den Eindruck vollster Blüte.

Bekannt ist das von der Gemeinde Wien jetzt in Angriff genommene Projekt auf Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn. Dr. Karding versichert, daß die deutschen Kommunalpolitiker, die bereits im Frühjahr 1923 auf einer Dresdener Tagung durch ein Referat des Wiener Räumers, Genossen Dr. Freitner, über die Aussichten der Wiener Gemeinde unterrichtet worden waren, mit großer Steifigkeit ihre Reise angetreten hätten und daß ihre Erwartungen bei weitem übertraffen seien. Er führt als eine der wichtigsten Ursachen dieser überraschenden und erfreulichen Gesundung, die Wien den Ruf eintrugen hat, eine der bestverwalteten europäischen Hauptstädte zu sein, in erster Linie auf die energische und zielbewusste Steuerpolitik der Gemeinde zurück. In der Tat wurden in der Periode der Inflation in Wien die städtischen Tarife und Abgaben wie auch die Steuern mit einer Rücksichtlosigkeit eingezogen, die in deutschen Städten in der Regel als unmöglich gilt. Wien erhebt heute noch eine Lohnsummensteuer von nicht weniger als 4 1/2 Proz. (in Deutschland erhebt nur Hamburg 4 Proz.), bei Banken und Kreditinstituten heigert sie sich auf 8 1/2 Proz. Zum Teil kommt darin allerdings zum Ausdruck, daß Wien, ähnlich wie bei uns die früheren sogenannten Freistädte, steuerrechtlich günstiger gestellt ist als die deutschen Gemeinden, die zwischen sich und dem Reich noch die Zwischenschicht der Länder haben. Die Hauptursache liegt bei den deutschen Gemeinden liegt allerdings in dem Mangel an festgeschlossenen sozialistischen Mehrheiten, die imstande wären, rücksichtslos die Interessen der Gemeinden zu vertreten. Das Bürgerium ist überall — in den Gemeinden noch mehr als in Reich und Ländern — grundsätzlich steuerflüchtig. Bei den Gemeindevorständen führt die Steuerhinterziehung des deutschen Bürgeriums sogar oft genug zu besonderen Gruppenbildungen (Wirtschaftspartei und ähnliches). Von links gefährdet die kommunistische Zerfahrenheit in der Regel eine erfolgreiche Mehrheitsbildung, da mit den Kommunisten eine wirkliche Kommunalpolitik fast niemals zu treiben ist.

Das Beispiel der Gemeinde Wien zeigt jedenfalls, daß eine sozialistische Gemeindevorstellung, die genügend gefestigt ist und bei der tatsächliche Diskussionen, wie sie in Deutschland leider immer noch hemmend wirken, keine Rolle spielen, wenn sie weiß, was sie will, in der Lage ist, überraschend schnell die städtische Wirtschaft zu sanieren. Es ist besonders bezeichnend, daß gerade der Volkspartei Dr. Karding in seinen mündlichen Ausführungen besonders betonte, daß man in Wien vielleicht nicht trotz, sondern vielleicht gerade wegen dieser energischen Sanierung der Gemeindevorhältnisse auch allgemein wirtschaftlich besser vorankommt, als es zurzeit in Deutschland nach der Fall ist. Die Arbeitnehmerschaft, die ja einen hervorragenden Anteil an der Führung kommunaler Geschäfte nimmt, hat jedenfalls alle Veranlassung, auf dieses Lob aus gegnerischem Munde stolz zu sein und ihm nachzugehen.

Der große Fischzug auf dem Müggelsee.

Auf dem Müggelsee fand am Montag und Dienstag der große Breitenfischzug, der von den Köppler Fischern veranstaltet wurde, statt. Schon am Vormittag setzte ein harter Verkehr nach dem am Müggelsee gelegenen Restaurant „Brünnchen“ ein, wo die Rehe aus dem Wasser gezogen werden sollten. Die Arbeitsschiffe hatten keine Mühe gefunden, um dem Publikum den Weg so gangbar wie möglich zu machen, da der Müggelsee vollkommen verschnitten ist. Der Fang selbst ging glatt vonstatten. Ein Zuschauer, der sich ein billiges Fischgericht verschaffen wollte, mußte seine Neugierde mit einem unfehlbaren Bad bei 8 Grad Kälte bezahlen. Einige der Zuschauer fordern bis an den Knöcheln im Wasser. Im großen und ganzen fiel der Fischzug zur Zufriedenheit der veranstaltenden Fischer aus. Am Dienstag wurden ungefähr fünf Zentner Fische gefangen, darunter auch ein Brachschneide im Gewicht von zirka 32 Pfund. Auch wurden verschiedene andere seltene Süßwasserfische sowie röhliche Zander gefangen. Die Fische wurden zum Teil an Ort und Stelle verkauft. Der Preis bewegte sich zwischen 1 M. und 150 M. pro Pfund. Die Fischerei des Müggelsees findet am heutigen Tage auf der Friedrichsberger Seite statt und zwar wird das große Reh hinter den Städtischen Wasserwerken nachmittags 2 Uhr gezogen. Freier Zugang zum See, Seestr. 45, in Friedrichshagen.

Zum Prozeß Wien-Scharfshwerdt.

Zu unserem einer Berliner Korrespondenz entnommenen Gerichtsbericht „Finanzierung des Eisenbahnerstreiks“ über den Prozeß, den die beiden Führer der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -arbeiter (R.G.), Menne und Scharfshwerdt gegen die früheren Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnarbeiter und -arbeiter (R.G.), Riendorf, und gegen den 1. Vorsitzenden des Deutschen Eisenbahnerverbandes (D.E.V.), Scheffel, anzurecht haben, findet uns der Deutsche Eisenbahnerverband ein Schreiben, dem wir folgendes entnehmen: „Nach dem Bericht sollte die Beleidigung in der Behauptung der beiden Beklagten bestehen, daß Menne und Scharfshwerdt zur Finanzierung des großen Eisenbahnerstreiks Gelder von der R.G.D. nachgesucht und erhalten hätten. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Zunächst ist eine solche Behauptung niemals aufgestellt worden. Gegenstand der Privatklage Menne-Riendorf waren zwei in dem bekannten Riendorfschen Brief vom 24. Januar 1923 ent-

haltene Äußerungen, in denen mit förmlichem Wort von der Finanzierung des Eisenbahnerstreiks die Rede ist. Das ergibt sich auch aus dem ganzen Zusammenhang des Riendorfschen Briefes. Wenn die Zeitungsausgabe des kommunistischen Landtagsabgeordneten Scheffel eingeführt wird, der fernerweise auf den Landtag der Beizugsfrage gar nicht eingegangen ist, so sollte auch die unter Eid abgegebene Aussage von Riendorf als einem der Beteiligten an der Zusammenkunft im Sonntag, angeführt werden, der ausdrücklich und jedem Anwesenden verständlich sagte: „Die Geldfrage sei auch gestreift worden.“ Scheffel ist auch nicht wegen mangelndem Bewußtsein der Beleidigung freigesprochen worden, sondern mußte freigesprochen werden, weil die Absicht einer Beleidigung gar nicht vorlag und erwiesen werden konnte.

Von Stufe zu Stufe.

Ueberall blieb beim Abschied in meinen Händen etwas zurück.

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III hatte sich eine Frau v. Jagemann wegen Diebstahls in 4 Fällen zu verantworten. Die schon stark ergraute Frau, schilderte dem Gerichtshof, wie es gekommen sei, daß sie jetzt als Diebin auf der Anklagebank sitze.

Ihr Vater sei Offizier gewesen und habe nach seinem Abschied eine Fabrik besessen. In erster Ehe war sie glücklich mit einem Apothekenbesitzer verheiratet. Ihre zweite Ehe mit einem Sanitätsrat sei aber sehr unglücklich gewesen. Das Zusammenleben mit ihrem zweiten Mann sei infolge seiner krankhaften Reizbarkeit unmöglich geworden. Auf ihren Antrag sei sie dann geschieden worden. In den ersten Jahren habe sie noch Vermögen gehabt, von dem sie leben konnte, aber allmählich habe sie die Einrichtung ihrer häuslichen Wohnung verkaufen müssen und sei immer mehr auf die schäbste Ebene geraten. In gutes Leben gewöhnt, habe sie sich nicht in die veränderten Verhältnisse hineinfinden können. Aus ihrer Jugendzeit und aus ihrer ersten Ehe hatte sie viele Freunde und Bekannte, die sie oft besuchte. „Ueberall blieb“, so erzählte die Angeklagte mit ruhiger Stimme, „beim Abschied etwas in meinen Händen zurück.“ Die Angeklagte hat, wie sie eingesteht, bei ihren Freunden und Bekannten Gold- und Silbergegenstände, die gestohlenen Gegenstände wurden in einer Goldankaufsstelle veräußert. Eines Tages war sie bei einer Freundin, einer Frau P., zum Besuch. Während dieser Zeit verschwand dort von einem Tischchen plötzlich eine goldene Diademkette. Es wurde festgestellt, daß die Angeklagte die Goldkette abgerissen und vom Balkon herab ihrem unten hockenden Sohn zugeworfen hatte. Sie mußte zugeben, daß der junge Mensch ihr viel Kummer gemacht habe, da er ein leichtfertiges Leben führte und sie für seinen Luxus und seine Schulden aufkommen mußte. Mutterliche hat sie demnach auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Die Strafkammer erkannte gegen die Angeklagte auf ein Jahr Gefängnis, rechnete ihr aber die Untersuchungszeit mit acht Monaten an. Frau v. J. nahm die Strafe an, die sie sofort verbüßen wollte.

Möbliertes Zimmer gefällig?

Im Berliner Westen sehen zahlreiche möblierte Zimmer leer, die von den hauptsächlich nach Paris abgewanderten ausländischen Spekulanten verlassen sind. Diese Spekulanten zahlten bekanntlich, was ihnen leicht fiel, jeden verlassenen Mietpreis. Dadurch sind die Arbeiter vertrieben worden. Sie wollen sich einstellen nicht mit der gefälligen Miete begnügen, lassen lieber ihre Zimmer leer stehen, wenn den übermäßigen Forderungen nicht entsprochen wird. Diesen Verhältnissen widmen jetzt die Wohnungsmieter erhöhte Aufmerksamkeit. Seit Mitte Dezember 1922 können möblierte Wohnungen bei Freiwerden beschlagnahmt werden. Möblierte Zimmer sind nur dann frei vermietbar, wenn sie nicht zu übergroßen Wohnungen gehören. Ist die Wohnung übergroß, so soll von einer Anpassung nur abgesehen werden, wenn die Unternehmung das einigste Mittel ist, den Vermietern vor äußerster Not zu schützen. Wird also nicht gegen angemessene Miete vermietet, so ist auch äußerste Not nicht anzuerkennen.

Statt vier Monate Gefängnis ein Jahr Zuchthaus.

Einen für den Angeklagten recht unannehmen Ausgang nahm eine Berufungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III. Der Produktionshändler Bodemann war vom Schöffengericht wegen Hehlerei zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden und hatte sogar Strafaussetzung zugebilligt erhalten. Mit dem Urteil war er aber nicht zufrieden und hatte Berufung eingelegt, obwohl der Vorsitzende ihm dringend zuredete, seinen Einspruch zurückzunehmen, da die Sache für ihn, weil auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt hat, unter Umständen vor der Strafkammer einen viel ungünstigeren Ausgang nehmen könnte. Der Angeklagte beharrte aber dabei, daß über die Berufung verhandelt werde. Die Berufungsaufnahme gab der Vermutung des Vorsitzenden recht, denn die Bernahme von drei Schuljungen, die dem Angeklagten einen von ihnen aus der Erde gerissenen aufgeföhren Laternenstiel verkauft hatten, brachte das Gericht zu der Überzeugung, daß der schon mehrmals vorbestrafte Angeklagte sich der gewerbmäßigen Hehlerei schuldig gemacht habe. Bodemann erhielt daher vor der Strafkammer ein Jahr Zuchthaus und wurde sofort in Haft genommen.

Menschenökonomie.

Arbeitslose Mitglieder der KPD. hatten sich der Einladung des Bezirksvorstandes folgend, am Dienstag nachmittags in den Musterklub zahlreich versammelt. Die Parteikontrolle hatte festgestellt, daß viele Mitgliedsbücher hinsichtlich der Beitragsabstempelung nicht in Ordnung waren. Hieraus bezugnehmend bemerkte Gen. Künzler: Beiträge fordert die Partei von ihren arbeitlosen Mitgliedern natürlich nicht, aber die Arbeitslosen sind verpflichtet, in ihren Mitgliedsbüchern die Zeit der Arbeitslosigkeit von ihren Bezirks- oder Arbeitslosenstellen abstemplen zu lassen. Diese Parteipflicht mußte jeder arbeitslose Genosse erfüllen.

Das Thema der Veranstaltung: „Menschenökonomie“ behandelte der Referent, Genosse Dr. Koles. Der Mensch — so führte er aus — sei das wertvollste Kapital des Staates. Dies Kapital im Interesse der Gesamtheit zu erhalten, das heißt die Gesundheit und Arbeitskraft der Menschen vor Schäden zu bewahren, sei Pflicht des Staates. Besonders jetzt, nachdem Millionen von Männern im kräftigsten Alter durch den Krieg und weitere Millionen infolge von Unterernährung zugrunde gegangen sind und noch jetzt täglich zugrunde gehen. In Frankreich sei man zu der Einsicht gekommen, daß es notwendig ist, Menschenökonomie zu treiben. Man bekämpft plamäßig die Kindersterblichkeit. In Deutschland dagegen werde die soziale Fürsorge aus Sparparkeitsgründen abgebaut. Das sei eine Sperrmittel am falschen Ort, denn wenn die Menschen nicht infolge des herrschenden Elends zugrunde gehen sollen, müsse bei allen Vorkehrungen getroffen werden. Alle Kräfte müßten in den Dienst der Menschenökonomie gestellt werden. In diesem Sinne wolle die sozialdemokratische Partei.

Der Vortrag, der mit einem Appell zur Mitarbeit in der Partei schloß, fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion sprach ein Bauarbeiter den Wunsch aus, unsere Abgeordneten und Parteivertreter möchten ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Arbeiten auf den Arbeitslosen öffentlichen Bauten wieder aufgenommen werden.

Annahmewurde eine Resolution, die gegen die unbezahlte zwangsweise Verwendung von Arbeitslosen beim Schneeschleppen protestiert und verlangt, daß zu solchen Arbeiten geeignete Kräfte gegen tarifmäßige Entlohnung herangezogen werden.

Die Schmelzeleien mit gelblichen Gesichtern nehmen erschreckend zu. Benutzt werden dazu besonders die Schmelzeleien über 0,42 Mark Gold gleich 1/10 Dollar. Diese Scheine und

Zwischenscheine fordern zur Fälligkeit geradezu heraus, weil der Wert nicht auch in Buchstaben, sondern nur in Ziffern angegeben ist. Durch geschickte und sorgfältige Kadierung machen die Schmelzeleien aus 0,42 Mark Gold gleich 1/10 Dollar leicht 42 Mark Gold gleich 10 Dollar. Neuerdings sind auch Zwischenscheine des Deutschen Reiches über 84 Mark Gold gleich 20 Dollar aufgetaucht. Hier handelt es sich um reine Phantasiescheine, auf denen die Unterschriften des Reichsbankdirektoriums gefälscht sind. Die Reichsbank hat Zwischenscheine über 84 Mark Gold überhaupt nicht ausgeben, sondern nur Scheine über 1/10 Dollar gleich 0,42 Mark Gold, 1/10 Dollar gleich 1,05 Mark Gold und 1/10 Dollar gleich 2,10 Mark Gold.

Sprechstunde der Professoren. Donnerstag, abends 7 Uhr, im Geländehaus der Sophienstraße, Fernmeldestr. 16/17: Beratungsstunde. Die Anstufungsglieder kommen um 6 Uhr wegen einer wichtigen Besprechung.

Kuratorium des Unterfahnschens der Kriminalpolizei. Montag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Geländehaus Friedrichshagen zum Festen des Monats und auszuwählen alle und bedürftigen Beamten: Grotes Kommer. Ihre Mitteilungen haben die Kommerzialrätin Rose Seener, Kommerzialrätin Edward Gohlich, Professor Max Gail, Kommerzialrätin Dedemund (Wolke), Kommerzialrätin von der Einofabrik, und das neue Kommerzialrätin (50 Mann) unter Leitung des Kommerzialrätin D. Schulze zugelegt.

Berliner Varietés.

Die Scala hat diesmal ihr artistisches Programm am reichhaltigsten, um Raum für einen amerikanischen Film der William-Rox-Produktion „Mutter“ zu haben. Der Film ist an dieser Stelle bereits besprochen worden. Nicht schlecht noch zu erwähnen, daß das Publikum, wenn etwas demüthig herab durch das primäre, rührende, doch die Anwesenheit dieses Kunden unter Vorzeichen erhebt und der Kraft gebenden Anbahnung und der davorliegenden Vorführung lebhaften Beifall zollt. — Das Varietèprogramm hat dem Publikum diesmal in den drei Vorführungen ein sehr interessantes, mehr die bekannten Diabolische Amadé die Stunde eines recht guten Musikstückes, der in einem etwas zu archaischen Stil aus dem unvollständigen als Theater Dieck auftritt, und Töne einer dänischen Kaffeehaus Musikare Höper — etwas lazarisch, geflücht, auch im Komik, aber nicht ohne Geschmack — und der temperamentvollen, innerlich bewehrten Senta Borna. Schicklich seien noch die nicht mehr ganz neuen, aber höchst aufgemachten Musikionen des Dinen Takt erwähnt.

Der Wintergarten bringt ein sehr abwechslungsreiches und in jeder Nummer vorzügliches Programm. Man beachtet sich an einer artigen Theaterdarbietung: (Gibberts dreifache Tanten), demüthigt die leichte Wanderbarkeit eines Rhabdodactyls, das von der Steueraktion aus zu jeder Gelegenheit, Odium von Schönen, Mannschaften usw. veranlaßt werden kann, und kommt nicht aus dem Staunen über die unheimlichen Kartenkunststücke (bei verbundenen Karten) des Dario Banti. Das Gedicht in allen Sprachen mit bewundernswürdiger Kunst von H. und A. Brownie vorgetragen. Um den musikalischen Humor sind zwei Künstler bemüht: Charles Gibbs macht mit dem Klavier jedes Instrument nach und Baron, der sich mit Recht untermischt, macht einen lustigen, der sich abhebt hat. Kraft und Kunst zugleich entwickeln Emma und Nina Silbans in abwechselnden Bahn-Kraft-Kombinationen. Solowaynowski in erstklassiger Ausführung liefern die zwei Gesselt. Die Waise des Jungs endlich ist durch das Trio Gähler Karina, Helen Wende und Vera Waldheim vertreten. Melisch und Fräuleinhaft die erste, außersüßlich die andere und ein trefflicher Partner Andre.

Zum Brand des Landestheaters in Neustrelitz.

Wie der „Rostocker Anzeiger“ mitteilt, brach der Brand im Landestheater in Neustrelitz Dienstag früh 4.00 Uhr aus. Er bemerkte wurde, brannte das Gebäude bereits überhitzt. Da mehrere Brandstellen festgestellt wurden, ist mit Sicherheit die Brandursache anzunehmen. Gegen 7 Uhr bildete das Gebäude nur noch einen wüsten Trümmerhaufen. Verbrannt ist die Dekoration zu Lammhäuser, viel Privatgarderobe der Bühnenmitglieder sowie die meisten Musikinstrumente. Am Dienstagabend sollte eine Veranlassung der Bühnenmitglieder und der Orchestermitglieder darüber beabsichtigen, ob und in welcher Form gegebenenfalls in einem Saal die Fortsetzung der Aufführungen möglich ist. Die Feuerwehre, die kurz nach 5 Uhr an der Brandstelle eintraf, konnte gegen das entsehrte Element nichts ausrichten, da das Holz in dem schon über 150 Jahre alten Gebäude den Flammen reichlich Nahrung bot.

Ein Kleinbahnzug drei Tage im Schnee festgehalten. Ein Kleinbahnzug, der von Labes nach Daber in Hinterpommern abgefahren war, blieb im Schnee stecken und mußte herausgeschleppt werden. Auf der Rückfahrt war der Zug nur bis in die Gegend von Jettlich gekommen, weil der Lokomotivführer das Wasser ausgegangen war. Nachdem sie bis zur nächsten Station zurückgefahren war, um Wasser einzunehmen, gelang es ihr jedoch nicht mehr, sich durch die hohen Schneehäufen hindurchzuarbeiten. So blieb der Zug ohne Lokomotive liegen. Zum Glück befand sich ein Kohlenwagen im Zuge, so daß die Fahrgäste sich wenigstens warme Abteile machen konnten. Rohungsmittel wurden aus dem benachbarten Jettlich herbeigeschleppt. Nach 24stündiger einamer Wartzeit erreichte die Lokomotive endlich den Zug, den sie am dritten Tage nach der Abreise an den Bestimmungsort befördern konnte.

Bei dem Erdbeben in Jolohama sind, wie aus Tokio berichtet wird, sechs Personen getötet und 22 verwundet worden. In Tokio wurden vier getötet und 20 verwundet. In Jolohama wurden 600 Häuser zerstört.

Schweres Eisenbahnunglück in Polen. Wie die polnische Tagesgraphen-Agentur meldet, hat auf der Strecke Radzivilow-Roslanow ein Zusammenstoß zweier Personenzüge stattgefunden. Laut Blättermeldungen beläuft sich die Zahl der Toten auf 14 und die der Verletzten auf 30 Personen.

Filmschau.

„Zwei Menschen“, Boh' verfilmter Roman, gelangt im Theater am Rollendensplatz zur Aufführung. Für das Filmmanuskript zeichnen zwei Autoren verantwortlich. Es handelt sich um den Namen Boh' wird nicht nur zum druckenden Namen. Der Regisseur Hanns Schwarz konnte, schließt auf ein hervorragendes Darstellervermögen (die Quantität spielen Dietrich und Agnes Olexhagen) und einen vorzüglichen Photographen seine Arbeit gut verwirklichen. Man bringt das diese erstrahlende Winter-, Frühling- und Herbstlandschaften sowie prächtige Voltenbildungen auf die Leinwand und verläßt nicht einmal in Entzücken, als man die zwei Menschen auf einer losgerissenen Insel dahintersehen sieht. Natürlich ist eine gewisse Umkleung und ein mühsames Fortschreiten des Publikums nötig, denn wenn das Schwerkere und Gräßliche nicht liegt, der kommt nicht auf seine Rollen, und wer bei der Gelehrtheit, inhaltliche des Aus-schmittens und beim Fortschritt des Durchbruchens liegt, der wird enttäuscht. Ein Film, der ganz von eleganter Stimmung durchdringt ist, hat es schwer, sich das Interesse nachzuhalten. Den „Zwei Menschen“ gelang dies. Alles in allem ist aber jeder vermerktlicher Film, selbst wenn er nicht recht gelungen sein sollte, meistens hundertmal besser, als so mancher Reiz.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund der Sozialdemokratischen G. B. Freitag, 25. Januar, nachm. 5 1/2 Uhr, im Lehrervereinsraum am Lindenbergl. Massenversammlung der Gesch. Arbeiter.

Briefkasten der Redaktion.

Prima der Reichshalle Berl. Die Gleichung geschieht nach folgender Regel:
 $n \cdot C = \frac{1}{2} n \cdot n + (n + 32) \cdot P$
 $n \cdot R = \frac{1}{2} n \cdot n + 32 \cdot P$
 $n \cdot F = \frac{1}{2} n \cdot n + 32 \cdot P$
 $-20 \cdot C = -1A \cdot P = -4 \cdot P$

Es entsprechen alle $n \cdot C = 32$. Die Rechte. — W. D. 2. Dem Linde haben Sie nachzuweisen unterhalb zu schreiben. Die Unterhaltungs für uneheliche Kinder kommen nicht in Betracht. Gehen Sie eine Verbindung mit dem Ehepaar Ihres Kindes herbeizuführen. — A. 162. L. Rinn. Werden Sie aber bei der Nachforschungsstelle (Verkehrsanwalt) vorstellig. 2. Ja. Aber nur an Ehefrauen und Ehemännern, soweit sie mit dem Rechtswesen in häuslicher Gemeinschaft leben. 3. Nur wenn die Schwangeren es bestimmen, laßt nicht. — R. G. 12. Die Gesetzmäßigkeit ist im Recht. Werden Sie aber bei der Gesellschaft unter Vorlegung der Schiloge vorstellig. Dieleucht verzichtet sie auf die Nachzahlung.

